

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Beschäftigungs-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonial-Zeile 60 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey. Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Mittelstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Macht und Machtentfaltung.

Bei manchen Auseinandersetzungen gewerkschaftlicher und politischer Natur vernahm man in der letzten Zeit bald Preislieder auf die unwiderstehliche Macht und Stärke der Gewerkschaften, bald dagegen wieder traf das Ohr Klagen, die auf den tiefsten pessimistischen Ton abgestimmt waren. Dergleichen extreme Werturteile sind geeignet, nach der einen oder andern Seite durchaus falsche Vorstellungen und irrtümliche Meinungen aufkommen zu lassen. Holen wir die Sache aus dem Nebel der Uebertreibungen heraus, stellen sie auf den Boden der Wirklichkeit.

Die Gewerkschaften sind weder schwächliche Gebilde, die ein scharfmacherischer Sturm oder ein reaktionärer Gesetzgebungswille über den Haufen rennen könnte, noch sind sie mächtig genug, dem Gegner einfach ihren Willen aufzuzwingen. Ihre Macht ist überhaupt nicht absolut; sie ist relativ, das heißt, abhängig von den jeweiligen Umständen, unter denen die Gewerkschaften zu einem Konflikt oder einer Forderung Stellung zu nehmen haben. Und die zur Verfügung stehenden Waffen erhalten ihre Brauchbarkeit und Schärfe erst durch die Art ihrer Anwendung. Die Taktik im Kampfe ist von entscheidender Bedeutung für den Ausgang. Das gilt auch von den Unternehmern und ihren Organisationen. Ja, es gilt dasselbe auch von der Staatsmacht. Die Regierung könnte z. B. alle Versammlungen verbieten, die Gewerkschaftskassen beschlagnahmen, im Falle von Streiks die Führer verhaften und durch das Aufgebot der bewaffneten Macht unter den Streitenden Blutbäder anrichten. Die Macht, nicht das Recht, dazu hat sie in Händen. Aber sie wird sich hüten, solche Gewaltmaßnahmen zu ergreifen. Die Folgen würden ihr übel bekommen. Blut ist ein besonderer Saft. Dem mit Bürgerblut getränkten Boden entspringt Haß, tödlicher Haß gegen die Gewalttäter. Man weiß das. Auch die Unternehmer könnten durch ein Aufgebot ihrer ganzen ökonomischen und organisierten Macht, durch eine planmäßige, umfassende Aussperrung der Arbeiter und ihrer Organisationen schwere Wunden schlagen, ihnen vielleicht für die Stunde ihren Willen aufzwingen. Aber der Schlag trafe sie zunächst selbst und in empfindlicher Weise das gesamte Wirtschaftsleben mit seinen vielen Existenzen. Nicht nur die Empörung der Arbeiter, auch die des geschädigten Kaufmanns, Handwerlers usw. richtete sich gegen die Aussperrter. Die politischen Folgen würden den herrschenden Parteien und der Regierung im höchsten Maße un bequem — wenn nicht gar verhängnisvoll. Auch das weiß man in den maßgebenden Kreisen. Das Unternehmertum ist nicht unbehindert in der Entfaltung seiner Macht im Kampfe gegen die Arbeiter. Es kann nicht einmal die öffentliche Meinung ganz unberücksichtigt lassen.

Das gilt aber auch von den Gewerkschaften. Sie können nicht einfach jede Frage unter dem Gesichtswinkel der Macht entscheiden. Und das Ausmaß ihrer Macht ist von einer Summe von Verhältnissen abhängig, über die man sich im gegebenen Falle Rechenschaft ablegen muß. Eine wirtschaftliche Krise engt die Schlagkraft und Kampfmöglichkeit der bestorganisierten Gewerkschaft zweifellos erheblich ein. Ohne zwingende Not wird man in Zeiten der Beschäftigungsflaute keine Streiks inszenieren. Andernfalls würde man oft genug den geheimen Wünschen der Unternehmer entgegenkommen. Andererseits kann unter günstigen Konjunkturbedingungen eine weniger gut organisierte und nur schwach fundierte Organisation bei geschickter Taktik große Erfolge erzielen.

Das Herausstellen dieser nicht unbekannt, in der Praxis wiederholt erprobten Tatsachen zeigt schon, daß die gewerkschaftliche Macht nichts Absoletes ist. Nicht immer entscheidet die Kopfzahl der Organisierten, nicht die Summe der einer Gewerkschaft zur Verfügung stehenden Gelder. Und ihr Kräfteverhältnis, an der ökonomischen Macht des Unternehmertums gemessen, ist nicht immer der Maßstab für ihre Erfolgsmöglichkeiten und ihre tatsächlichen Erfolge. Es kommt darauf an, welche Waffen, und wie man sie benutzt. Schon mancher erschloß sich mit dem eignen Gewehr, und David erlegte den Goliath mit einer Schleuder. Es genügt nicht, ein scharfes Schwert zu besitzen, man muß auch verstehen, es zu handhaben, Luftstöße sind Kraftverschwendung.

Der Streik ist ein scharfes Schwert; aber es ist nicht stets anwendbar. Manchmal ist es sogar eine stumpfe Waffe. Aber auch in solchen Fällen ist die Organisation nicht machtlos. Sie hat noch andre Waffen zur Hand. Mit diesen schlägt sie, ohne sich in direkte Kämpfe einzulassen, oder solche zu inszenieren. Daraus erklärt sich der maßlose Haß, die wilde gegen die Gewerkschaften gerichtete Verfolgungswut der Großindustriellen. Sie haben von Streiks im allgemeinen am wenigsten zu fürchten. Den Krupp, Stinnes, Thyssen und Genossen machen Streiks in ihren Werken sicher wenig Sorgen. Und doch erschallen aus diesen Kreisen die lautesten Rufe nach dem sogenannten Arbeitswilligenschuß, nach einer Knebelung der Gewerkschaften. Warum das? Die Großindustriellen wissen ganz genau, daß sich die Machtentfaltung der Gewerkschaften nicht in Streiks erschöpft, sie wissen, daß die gesamte gewerkschaftliche Tätigkeit auch sie zu Konzessionen an die Arbeiter zwingt. Würden sich die Gewerkschaften darauf beschränken, nur Streiks zu inszenieren, vielleicht gerade dann, wenn es den Unternehmern in den Kram paßte, ihrem Eifer für einen sogenannten Arbeitswilligenschuß wären die stärksten Triebkräfte entzogen.

Indem die Gewerkschaften außerhalb des eigentlichen Machtbereichs der Großindustriellen eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse erzwingen, zwingen sie auch jene selbst, wollen sie nicht auf

gute Arbeitskräfte verzichten, den gewerkschaftlichen Forderungen ebenfalls Rechnung zu tragen. Die öffentliche Kritik bestehender Mißstände, die Aufdeckung mörderischer Arbeitsverhältnisse, von den Gewerkschaften eifrig betrieben, zwang die Gesetzgebung zu Eingriffen zum Schutze der Arbeiter. Die gewerkschaftliche Aufklärung über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, über die kapitalistische Plusmacherei, in Verbindung mit der Erziehung der Arbeiter zu selbstbewußten Menschen, reißt diese aus dem Sumpf bedürfnisloser Zufriedenheit und ohnmächtigen Verzagens. Die Gewerkschaften bilden die Peitsche, die auf sozialpolitischem Wege vorwärts treibt.

Daß die Unternehmer die weniger lärmende aber doch sehr wirksame Machtentfaltung zu würdigen wissen, das beweist ihr fanatischer Haß, mit dem sie die Gewerkschaften vernichten, zerschmettern möchten, wie Herr Duef, der verlassene Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen, programmatisch forderte.

Wenn die Gewerkschaften in bestimmten Situationen die Waffe des Streiks wenig oder gar nicht gebrauchen wollen, dann bedeutet das keine Ohnmachtserklärung. Es ist einfach ein Akt der Vorsicht und Klugheit, die der Stärkste im Kriege nicht außer acht lassen darf. Man greift nicht an, wenn der Gegner eine günstige Position eingenommen hat. Man wartet ab, um nicht Kräfte zu verschwenden, die sicher zum Ziele führen, wenn sie ins Feld rücken, sobald der Gegner das geschützte Lager verlassen muß. In starker Festung befindet sich das Unternehmertum, wenn Arbeitslosigkeit herrscht, das Angebot am Arbeitsmarkt die Nachfrage weit überträgt. Über es bleibt nicht darin; schon wenn es die Arbeiter angreifen wollte, verbesserte sich deren Position. Jetzt die Kräfte der Gewerkschaften schonen, sich auf die Abwehr beschränken, das bisher Erreichte festhalten, ist gewerkschaftliche Dekonomie und gleichzeitig die beste Vorbereitung für spätere, neue, größere Erfolge.

Es hat keinen Zweck sich stärker zu geben als man ist, aber es wäre töricht, aus der wohlfeilsten Zurückhaltung, die stürmisches Insseuerrennen ablehnt, auf ein Gefühl der Schwäche schließen zu wollen. Die Gewerkschaften sind keine himmelstürmende Macht, aber im Bewußtsein ihrer Kampfmöglichkeiten sehen sie dem Tode des Kapitals, den Stürmen der Zukunft ruhigen Blutes entgegen. Und sie werden zum schärfsten Angriff übergehen, wann und wo die Interessen des Proletariats es erheischen.

Kosten der Lebenshaltung in Großbritannien.

Wie anderwärts, so sind auch in Großbritannien die Kosten der Lebenshaltung in den letzten Jahren bedeutend gestiegen, obwohl die Steigerung wohl nicht so ausgiebig war, wie in den meisten Ländern des kontinentalen Europa. In einem eben erschienenen Bericht des britischen Arbeitsamts wird gezeigt, daß vom Oktober 1905 bis zum Oktober 1912 die Steigerung der Nahrungsmittelpreise, einschließlich der Preise von Kohle, 13 Prozent ausmachte, während die Mietpreise der Arbeiterwohnungen nur unerheblich stiegen, nämlich um 0,3 Prozent. Schwieriger ist es, die Preissteigerungen von Kleidung festzustellen; das Arbeitsamt berechnete sie für die Jahre 1905 bis 1912 wie folgt: Fertige Männerkleidung 9,3 Prozent, Unterkleider 14,6 Prozent, Schuhe 5 bis 15 Prozent.

Die Untersuchung des Arbeitsamtes umfaßte 93 Städte, aber in 5 Fällen werden je zwei aneinander grenzende Städte als Einheiten behandelt. Die Erhöhung der Kleinhandelspreise und der Mietzinse bewegte sich zwischen 17 Prozent in der irländischen Stadt Waterford und 5 Prozent in der englischen Stadt Swindon; aber in 58 von den 88 Städten machte die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung 10 bis 13 Prozent aus, während sie sich in 14 Städten auf 14 bis 17 Prozent belief.

Die Wohnweise der britischen Arbeiterbevölkerung weicht von der in Deutschland üblichen sehr viel ab, denn mit Ausnahme von Schottland lebt der weitaus größte Teil auch der städtischen Arbeitererschaft in sogenannten Einfamilienhäusern. Diese sind vorwiegend Abschnitte langer niedriger Häuserzeilen, jeltener stehen sie bloß zu zweien oder dreien zusammen. Selbst in der Riesengroßstadt London, die 1911 5 904 160 Einwohner hatte, wohnten nur 560 158 Personen in Mietshäusern mit mehreren Wohnungen; man findet diese am häufigsten in den Bezirken, welche im Westen und Nordwesten der „City“, des Geschäftsviertels, gelegen sind, und es ist eigentlich nicht überraschend, daß in denselben Bezirken die meisten ausländischen Arbeiter (abgesehen von den osteuropäischen Juden) angehebelt sind. Ein Uebelstand ist in London das häufige Übermieten einiger Räume der Einfamilienhäuser.

Die Mietpreise sind in London viel höher als in den Provinzstädten, was die folgende Darstellung der üblichen wöchentlichen Durchschnittspreise 2-3räumiger Arbeiterwohnungen zeigt. Die Preise beziehen sich auf eine Woche im Mai 1912.

Wohnungen mit	Provinzstädte	London (Mittlere Zone)	Der Londoner Mietpreis ist höher um
2 Räume	3,19 Mk.*)	5,61 Mk.**)	76 Prozent
3 "	4,17 "	7,40 "	66 "
4 "	5,23 "	8,33 "	71 "
5 "	6,12 "	10,97 "	79 "
6 "	7,53 "	12,75 "	69 "

*) 1 Schilling zu 1,02 Mk., 1 Penny zu 8 1/2 Pf. gerechnet.

In London selbst sind die Mietpreise bei gleicher Wohnungsgröße und Ausstattung je nach der Entfernung vom Stadtzentrum verschieden; die durchschnittliche Preislage war in der inneren Zone um 16 Prozent höher und in der äußeren Zone um 13 Prozent niedriger als in der Mittelzone.

In den Provinzstädten stellen sich die durchschnittlichen Wochenmieten auf 38 bis 84 Prozent des Londoner Mietpreises. In 80 Städten ist die durchschnittliche Preislage der Wohnungen um mindestens 30 Prozent geringer als in London.

Weniger bedeutend ist der Unterchied in den Kohlen- und Holzpreisen. In vierzehn Städten, wovon drei in der englischen Grafschaft Kent, eine in der Grafschaft Suffolk, sieben in Schottland und drei in Irland gelegen sind, waren die nach dem Bedarf im Arbeiterhaushalt abgewogenen Preise um 1 bis 8 Prozent höher als in London. In den fünf Städten Barrow-in-Furness, Croydon, Kilmarnock, Portsmouth und Swansea war das Preisniveau genau so hoch wie in London, und in 68 Städten waren die Preise um 1 bis 10 Prozent billiger als in London. Das niedrigste Preisniveau weist die Stadt Wolverhampton auf, wo die Lebensmittel und Kohlenpreise zusammengenommen um 10 Prozent billiger als in London waren. Im allgemeinen sind die Kosten der Lebenshaltung in den schottischen Städten am höchsten und in den Städten Mittelenglands am niedrigsten. Bei den Preisen der einzelnen Waren trifft das natürlich nicht immer zu. Die niedrigsten Fleischpreise z. B. hat Irland. Die Fleischpreise sind freilich auch wieder recht verschieden, entsprechend der Qualität des Fleisches. Vor allem kommt in Betracht, daß sich Großbritannien der ungehinderten Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande erfreut, das um zirka 25 bis 40 Prozent billiger ist als das Fleisch im Inland geschlachteter Tiere und das deshalb in Arbeiterkreisen viel konsumiert wird, obwohl man durchaus nicht glauben darf, die englische Arbeitererschaft lebe ausschließlich oder hauptsächlich von eingeführtem Fleisch; das gilt nur bezüglich der mindest bezahlten und unständigen Arbeiter.

In London stellten sich die üblichen Fleischpreise pro Kilogramm (2,2 engl. Pfund) im Oktober 1912 wie folgt:

Fleischsorten	Einheimische	Eingeführt
Mindefleisch:	Mk.	Mk.
Rippentück, 1. Qualität	2,06	1,41*
Lende	2,66	2,19*
Schulter	1,74	1,41*
Brust	1,22	0,72*
Dünnes Bauchstück	1,03	0,68*
Hammelfleisch:		
Keule	1,79	1,18
Schulter	1,63	1,08
Brust	0,94	0,63
Schweinefleisch:		
Keule	1,94	—
Keule	1,60	—
Bauchstück	1,62	—
Veränderter Speck (aus Dänemark)	—	1,78—1,91

Seit Oktober 1905 stiegen die Fleischpreise in London um durchschnittlich 11 Prozent; in einigen andern Städten aber ergaben sich in derselben Zeit viel größere Steigerungen der Fleischpreise, so zum Beispiel in Stockport um 31 Prozent, in Aberdeen um 25 Prozent, in Perth um 20 Prozent, in Swansea um 19 Prozent, in Sunderland um 18 Prozent usw. Zurückgegangen sind seit 1905 die Fleischpreise in der englischen Stadt Portsmouth und in den drei irländischen Städten Belfast, Cork und Dublin; das Ausmaß der durchschnittlichen Preisreduktion in diesen vier Städten bewegte sich zwischen 1 und 3 Prozent.

In der folgenden Tabelle werden noch die Preise einiger wichtiger Nahrungsmittel und der Kohle in London nach dem Stande vom Oktober 1912 angegeben.

Waren	Menge	Preis
Zee		Mk.
Zucker, weiß, körnig	1 Kilogramm	3,04
Fier, importierte	12 Stück	0,87
Butter, gebacken, dänisch	1 Kilogramm	1,02
Kartoffeln	1 Kilogramm	2,81
Weiß, gewöhnliche Hausqualitäts	1 Kilogramm	0,10
Brot	1 Kilogramm	0,30
Milch	1 Liter	0,30
Kohle	1 Tons-Stk.	2,74

In dem amtlichen Bericht sind auch noch andre Arten von Lebensmitteln berücksichtigt, doch haben wir hier nur die wichtigeren angeführt. Auf ein für die englische Arbeiterbevölkerung sehr wichtiges Nahrungsmittel, nämlich Seefische, ist jedoch in dem amtlichen Bericht nicht Bedacht genommen.

Die allgemeine Preislage der Nahrungsmittel, mit Ausnahme von Fleisch, war in 27 Städten niedriger und in 60 Städten höher als in London. Das kommt hauptsächlich daher, weil London der wichtigste Handelsplatz des Königreichs ist, von dem aus ein großer Teil der übrigen Städte versprohiantiert wird.

*) Das ist hauptsächlich die Folge der hohen Fleisch- und Kohlenpreise in London.
) Gefäht, nicht gefroren.

Der Durchschnittspreis der Kohle war jedoch nur in zehn Städten gleich hoch oder höher als in London, sonst überall war er niedriger.

Für London liegen Angaben über die Kleinhandelspreise von 23 wichtigen Nahrungsmitteln für die Periode von 1892 bis 1912 vor. Sie zeigen, daß von 1892 bis 1899 die Preise im allgemeinen fielen und dann stiegen; eine Menge von Nahrungsmitteln, die im Jahre 1892 um 10,40 Mark zu kaufen war, kostete 1900 10 Mark, 1905 10,28 Mark, 1910 10,94 Mark, 1911 ebenfalls 10,94 Mark und 1912 11,45 Mark.

Die Großhandelspreise sind von Anfang der siebziger Jahre bis zur Jahrhundertwende gefallen, von 1900 bis 1912 sind sie um rund 15 Prozent gestiegen.

Allem Anschein nach werden die Preissteigerungen auch in absehbarer Zukunft andauern.

Kasernenleben.

„Wer, wie ich, 37 Jahre unter der Subordination gedient hat, wo man jedem Fleckschädel mit blindem Gehorsam unterworfen ist, weiß ein Lied davon zu singen.“

Heinrich v. Nedetzky, fr. bayr. Generalmajor.

Rekruten! In einigen Tagen verlaßt ihr euren bisherigen Wirkungskreis, um hinter den Kasernenmauern die Erfahrung zu machen, daß es einen eigenen Willen nicht mehr gibt.

Was merket ihr auch merken, daß es im „bunten Noth“ zweierlei Recht gibt. Sagte doch selbst der Kriegsminister v. Herting im Reichstag 1911: „Keine Armee, die auf Disziplin hält, kann darauf eingehen, daß vom Kriegsgericht Vorgelegt und Untergebene gleich behandelt werden.“

Was § 97 wird der Soldat, der sich an einem Vorgesetzten tätlich vergreift oder einen tätlichen Angriff gegen ihn unternimmt, mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft; wird der Angriff vor versammelter Mannschaft oder sonst im Dienst unternommen, dann mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

Wenn dagegen ein Vorgesetzter einen Untergebenen vorläufig schlägt, stößt oder auf andere Weise mißhandelt, der wird nach § 122 nur bis zu drei Jahren bestraft. Also der Soldat erhält mindestens drei Jahre, meist viel mehr, der Vorgesetzte höchstens drei Jahre, meist viel weniger.

Weiter kann beim Vorgesetzten in minder schweren Fällen die Strafe bis auf eine Woche Arrest ermäßigt werden, beim Soldaten dagegen darf auch in minder schweren Fällen die Strafe nicht unter einem Jahre betragen.

Aus den oben angeführten Strafbestimmungen des § 97 geht hervor, daß gegenüber den Vorgesetzten leider die Keule nicht gleich stark ist. Um so mehr muß der Soldat jede ihm erwiesene ungerechte Behandlung melden, d. h. den Vorgesetzten davon in Kenntnis setzen.

§ 1. Jedem Soldaten, der glaubt, daß ihm durch unwürdige Behandlung, durch Vorenthaltung von Gehältern oder aus einem anderen Grunde von Vorgesetzten oder Kameraden Unrecht zugefügt sei, ist es gestattet, sich zu beschweren.

§ 2. Jede Beschwerde ist dem Kompaniechef oder seinem Stellvertreter unmittelbar und mündlich vorzutragen.

§ 3. Der Soldat darf seine Beschwerde nicht sofort, sondern erst am folgenden Tage anbringen. Richtig ist die Beschwerde gegen eine Disziplinarstrafe, so darf sich der Bestrafte erst nach der Verbüßung der Strafe beschweren. Jede Beschwerde muß innerhalb 5 Tagen angebracht sein.

§ 4. Mehrere Personen sollen zusammen keine Beschwerde anbringen, sondern jeder für sich allein.

§ 5. Unrichtige oder wider besseres Wissen auf unwahre Behauptungen gestützte Beschwerden werden nicht angesetzt.

§ 6. Die Aufhebung höherer Entscheidungen innerhalb 5 Tagen ist ausgeschlossen.

„Die Parade: Weidest du den Schnaps!“ muß auch hinter den Kasernenmauern von jedem organisierten Arbeiter befolgt werden, um so mehr, da bei allen juristischen Handlungen die Selbstverpflichtung zum Trunkgebot bei den Soldaten keinen Strafmittlungsgrund abgibt.

Gerade als Entschädigung muß es bezichtigt werden, wenn alle Leute die Rekruten mißhandeln. Jeder sozialdemokratische Soldat ist durch Kameraden gegen Kameraden oder Untergebene sorgfältig zu unterstützen, anderenfalls aber auch zur Berichtigung oder Abmilderung aller gegen Kameraden gerichteten Beschwerden oder Reklamationen jede Gelegenheit zu benutzen.

Das Kommando der Soldaten, der „Grundstein“, scheidet in diesem Jahre folgende Befehlsregeln fest: „Am argeren und empfindlichen ist es, wenn die Soldaten von den Kameraden unter sich begangen werden, von den älteren Mannschaften an den neu eingetrossenen Kameraden. Wie beschijf ich mich ein Soldat sein oder gemacht worden sein, wenn er sich an einem Kameraden vergreift, nicht etwa im Zuge, sondern ohne jeden Anlaß und nur aus der Begierde heraus, einen anderen zu quälen, weil er selbst im Kameradenjahr gewesen ist. Es ist eine außerordentlich bedauerliche Tatsache, daß in allen den Kasernen, die sich zurzeit aus der Industriebevölkerung rekrutieren, die Angehörigen der älteren gegen die jüngeren Mannschaften auch und doch sehr geringe Achtung sind. Hier ist der einzige erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften denkbar. Das ist der Kampf um die Rechte der Rekruten. Der Arbeiter sollte sich vor anderen nicht gefallen, befehligen, schimpfen, sondern sie in der gleichen Lage und gemäßigten Ausdrucksweise gegenüber den Rekruten.“

Diese Parole sollte jeder Soldat im Gedächtnis behalten. Von organisierten Arbeitern müssen wir verlangen, daß er sich auch beim Militär als selbstständig fühlender Kamerad herausstellt. Wir dürfen keine Ermahnungen an unsere Kameraden, Kollegen verbinden wir ein heiliges Behalten und ein Aufwachen in unsern Reihen in zwei Jahren!

nahmen des Herrn F. nicht beirren lassen. Sie wissen, was sie an ihrer Degeneration haben. Gelang es ihnen doch erst im Juni dieses Jahres, gelangt auf ihren Verband, eine Lohnerhöhung von 3 Pfennig die Stunde und einige andre Verbesserungen zu erreichen. Herr F. aber sollte beachten, daß es nicht im Interesse des Unternehmers liegt, wenn er durch seine Maßnahmen ein geachtetes Arbeiten fördert oder unmöglich macht.

Der Fahrstuhlkatastrophe.

In der Papierfabrik von Böthlich u. Sohn in Ughern war der neunzehnjährige Arbeiter Adolf Schiller von Oberachern im Fahrstuhl beschäftigt. Der Fahrstuhl versagte hierbei, und Schiller versuchte nun, den Fahrstuhl in die richtige Lage zurückzubringen. Während dieser Manipulationen geriet der Fahrstuhl wieder in Gang, und der junge Arbeiter stürzte in die Tiefe und blieb mit geschmettertem Schädel liegen. Kurze Zeit darauf trat der Tod ein. So berichtet die Tagespresse. Die ganze Schilderung läßt darauf schließen, daß es sich um einen alten Fahrstuhl ohne ausreichende Sicherungsvorrichtungen gehandelt hat. Im anderen Falle hätte ein solcher Unfall nicht passieren können.

Unfälle.

In das Getriebe eines Kalanders geriet in der Töpferischen Papierfabrik in Hainberg der Arbeiter Rold aus Somsdorf. Ein Arm wurde erfasst und mehrmals gebrochen. Der Verunglückte wurde dem Krankenhaus in Deuben zugeführt.

In der Papierfabrik Gebr. Rauch, Heilbronn, wurde der Arbeiter Wilhelm Wieland von einer Transmissionsrolle erfasst und der rechte Fuß ausgerenkt; seine Überführung ins Krankenhaus machte sich nötig.

Versehene Industrien

Aus dem klassischen Lande der Konserven-Industrie.

Die Saisonarbeit der Konservenindustrie steht jetzt in höchster Blüte und damit auch die Heim- u. Kinderarbeit.

Der Verband mußte diese beiden oder vielmehr die eine durch die andre bekämpfen, weil sich ja die Heimarbeiterinnen schlecht organisieren lassen, ja im geeigneten Moment bei Streiks usw. ihn direkt entgegenarbeiten. Ich will hier nun nochmals an Hand von selbst gesammeltem Material auf die Schäden der Heimindustrie in der Konservenbranche hinweisen, so daß vielleicht bei Abschluß des neuen Tarifs von beiden Seiten, Fabrikanten und Verband, darauf hingearbeitet wird, die Heimarbeit in dieser Branche ganz abzuschaffen. Denn man muß bedenken, daß es sich hier um Nahrungsmittel, ja man kann in diesem Falle von Volksnahrungsmitteln reden, handelt, welche in fremden Haushaltungen, wo sich die mannigfaltigsten Verhältnisse oft zu einem ungesunden und unappetitlichen Milieus zusammenfinden, verarbeitet werden.

Wir können jetzt in den ärmeren Stadtvierteln Braunschweigs von Haus zu Haus gehen, da finden wir die ärmlichen, engen Wohnungen zu Gemütsstätten umgewandelt, aller Wohnlichkeit beraubt, soweit überhaupt in diesen erbärmlichen Wohnstätten von Wohnlichkeit die Rede sein kann. Dies soll jedoch kein Vorwurf für die Betroffenen sein, sondern das liegt ja nun einmal in den engen erbärmlichen Verhältnissen begründet, und die muffige schlecht ventilierte Luft der Wohn- und Küchenräume verbindet sich mit dem herben, ätzenden Wohngeruch.

Es ist ja auch nur folgerichtig, daß sich hier Wohnungselend, Kinderelend und allgemeine materielle Not zu einem würdigen Trio verbinden, wodurch all die Schäden in Erscheinung treten, die durch solche Verhältnisse kommen müssen und es uns daher auch im Interesse der Allgemeinheit verbietet, daß Nahrungsmittel, hier Gemüse, in der Heimindustrie verarbeitet werden.

Leute, die finanziell so dastehen, daß sie sich größere, lustigere Wohnungen mieten können, werden sich bedanken, ihre Kinder und ihre Haushaltungen durch Heimarbeit zu vernachlässigen. Es hängt hier eins an dem andern, und die Not der Kernfamilien zwingt zur Heimarbeit und damit zur Kinderarbeit.

Alles, was nur irgend die Hände rühren kann, muß mithelfen, der Heimarbeiterin das Geld zu verdienen, und trotz all der vielen Kindertränen und Opferung der vielen Kindespiele und -träume, trotzdem und allem kommt sie vielfach noch nicht einmal auf den durchschnittlichen Tageslohn der Fabrikarbeiterin von 2,40 Mark, denn mehr als 1 1/2 bis 2 Zentner Bohnen können neben Bejorgung des Haushalts und der Kinder in einem Tage nicht geschafft werden und das auch nur dann, wenn 3 oder 4 Kinder mithelfen. Für den Zentner Bohnen abzugeben gibt es 1,25 Mk., so sortieren und zu brechen 1,75 Mk. Also verdienen in der Heimindustrie 4 bis 5 Personen knapp das, was eine Fabrikarbeiterin in einer zehnstündigen Arbeitszeit alleine verdient. Dies wäre schon Grund genug, auch im Interesse der Heimarbeiterinnen die Heimarbeit abzuschaffen.

Ein bezeichnendes Urteil über die Konservenheimarbeit fällt eine Heimarbeiterin, die uns sagte: Wir essen keine Gemüse, von denen ich weiß, daß sie in der Heimarbeit verarbeitet worden sind, die macht ich selber ein.

Und was für Elendsbilder könnte man hier wohl aufrollen an Wohnungselend, an Kinderelend. Ich traf eine Heimarbeiterin, die hatte fünf Kinder im Alter von neun bis ein halbes Jahr. Sie zog jeden Tag einen Zentner Bohnen für 1,25 Mk. ab, dabei mußten ihr die beiden Kleinsten von neun und nicht ganz acht Jahren helfen. Der eine davon hatte die Bohnenkrätze. Das jüngste, ein halbes Jahr alt, krabbelte zwischen den Arbeitenden herum. Die Wohnung sah verstaubt aus, wie das ja in der Art der Beschäftigung lag. Alle hatten sie sich um die in der Mitte des Zimmers befindlichen Schüssel und Säde gespart, der Wohnraum war von den kleineren Kindern in der ganzen Stube verteilt. Die Mutter und die Kinder saßen saß und elend aus, und die beiden Jungen klagten über Rückenbeschwerden von dem langen Sitzen. Der Eindruck war grau in grau, Dunst und fahle Gefühle.

In einer Art Kellerwohnung in einem Hinterhaus traf ich eine rheumatische Frau, die konnte sich schlecht bewegen und zog den ganzen Tag an einem Zentner Bohnen ab für 1,25 Mk. Die beiden Töchter im Alter von 13 und 8 Jahren besorgten den Haushalt und die jüngeren Geschwister. Das Mittagessen war an dem betreffenden Tage nicht gar gewesen, und der Mann, ein landwirtschaftlicher Arbeiter, hatte juchend geschimpft. Die Tochter von 13 Jahren hatte außerdem Mittwoch und Sonnabend nachmittags eine Anzugeschleife. Das Kind sah blaß und schmal aus. Die Wohnung lag tiefer als der Hof, war feucht und muffig und dürftig eingerichtet, machte aber durch die Säde und Schüssel einen noch trostloseren Eindruck.

Ein besonders trauriger Fall war folgender: Eine Arbeiterin mit acht Kindern, der Mann war arbeitslos, zog am Tage mehrere Zentner Bohnen ab, unter Umständen und in einer Wohnung — nun, man sah hier vor wirtliche Not. Wenn wollte man hier einen Vorwurf machen, daß es nicht so war, wie es sein sollte? Der

Mutter, die Tag und Nacht arbeitete, um acht hungrige Mäuler zu stopfen?

Eine junge Frau mit einem nett und sauber eingerichteten Haushalt und zwei Kindern im Alter von 4 Jahren und 1 Jahr konnte an einem Tage nur einen halben Zentner Bohnen abziehen, versicherte mir aber, daß sie es aufgeben wollte, da sie ihren Haushalt und ihre Kinder mehr vernachlässigen müsse als es ihr einbringe.

Eine andre Frau zog ab, sortierte und brach an einem Tage 1 1/2 Zentner Bohnen, konnte dies aber nur schaffen mit Hilfe mehrerer erwachsener Söhne, welche ihr am Abend nach der Arbeitszeit noch mithelfen mußten. Diesen im Wachsen begriffenen Jungen Menschenkindern hätte Hilfe auch besser getan, als daß sie sich abends noch in die Front der Heimarbeit spannten. Auf Vorhaltungen, doch die ohnehin schon angespannten Kräfte ihrer Kinder zu schonen, sagte die Frau: „Ja, wir brauchen aber so nötig; die Wohnungsmiete und der Lebensunterhalt sind jetzt so teuer und das Geld, was ich in der Konserve verdiene, das sollen zum Winter die Kohlen werden. Glauben Sie nur, wir haben unsere Kinder ebenso lieb wie andre, können sie aber davor nicht schützen, die Not zwingt uns dazu.“

Eine andre Frau, die nur noch einige größere Schulkinder hatte, wurde aufgefordert, doch lieber in die Fabrik zu gehen, da verdiene sie doch mehr. Sie widersprach dem und sagte: „Ja, dann sind ja meine Kinder den ganzen Tag sich selbst überlassen, werden Kinder der Straße, und die stehen in einem üblen Ruf. Nein, dazu habe ich meine Kinder viel zu lieb, da will ich sie lieber den ganzen Tag um mich haben und mir die Arbeit ins Haus holen, dann weiß ich wenigstens, was sie machen.“ Diese Mutter betrachtete also die Heimarbeit inmitten ihrer Kinder doch als ein Glück. Dies Bekenntnis klingt naiv und rührend, daß sie gleich einer Henne ihre Küchlein immer um sich scharen möchte. Sie dachte wohl nicht, daß sie ihre Kinder mit dem grausamsten aller Kinderelends bekannt machte, indem sie ihre eindrucksvolle Jugend der abstumpfenden Tätigkeit einer eintönigen Heimarbeit aussetzte. Der Kapitalismus fragt nichts danach, ihm sind solche Objekte zur Ausbeutung nur allzu willkommen.

Alles in allem genommen ist die Heimarbeit vom hygienischen Standpunkt aus für die Allgemeinheit und wirtschaftlich für die Heimarbeiterinnen zu verwerfen. Wir vertreten den Standpunkt, daß Nahrungs- und Genussmittel nur in Fabriken unter steter Aufsicht und bei Beobachtung der peinlichsten Sauberkeit hergestellt werden dürfen. Wo jedoch über 3000 Heimarbeiterinnen beschäftigt werden, ist nicht die Gewähr geboten, daß in dieser Hinsicht überall einwandfreie Zustände herrschen.

Wenn man bedenkt, daß die die Konserven verarbeitenden Personen mit allerhand Mängeln behaftet sind, die gesundheitsschädlich auf die Verbraucher einwirken können, daß bei Verarbeiten der Konserven Schüsseln und Gefäße gebraucht werden, die von den Familien nicht nur zu diesem Zweck benutzt werden, so muß man sich sagen, daß es besser ist, die Nahrungsmittel werden in Fabriken verarbeitet, wo Personen und Werkzeuge in Bezug auf Reinlichkeit usw. unter wirklich ständiger Kontrolle stehen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist die Heimarbeit zu verwerfen, weil die Heimarbeiterin alleine das verdienen kann, wie die Fabrikarbeiterin; will sie es dennoch, so kann sie es nur unter vollständiger Vernachlässigung ihres Haushalts, der Finanzruhmahme der Kinderarbeit, selbst bis ins zarteste Alter hinein und unter vollständiger eigener Selbstverleugnung, welche sich ja kraft und deutlich genug in der Erscheinung der Heimarbeiterin selbst ausdrückt.

Den Heimarbeiterinnen wird es grausam vorkommen, daß ihnen die Heimarbeit, eine für sie nicht unbedeutende Nebenannahme, mit der sie bestimmt rechnen müssen, entzogen werden soll, aber im Interesse der Allgemeinheit ist es zu fordern. Mag die Gesellschaft selbst für bessere Verhältnisse der bedürftigen Familien sorgen durch Steuererlassung, Lohnaufbesserung der betreffenden Familienväter und Kinderschulpflege usw. Nur indem die Gesellschaft selbst vor die Alternative gestellt wird, wird sie zugreifen und Verbesserungen schaffen müssen.

Unfälle und Unfallgefahr in der Zuckerindustrie.

Die Berufsgenossenschaft der Zuckerindustrie hat ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1912 herausgegeben. Danach ist die Zahl der versicherungspflichtigen Betriebe von 391 im Jahre 1911 auf 385 zurückgegangen. Die Zahl der während einer vollen Betriebswoche täglich beschäftigt gewesenen Arbeiter ist dagegen von 90 699 auf 93 998 gestiegen. Diese Zahl ist aber nur für die eigentlichen Kampagnemonate (Oktober, November, Dezember) zu treffen; in der übrigen Zeit ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter wesentlich geringer.

Die Summe der an die Versicherten im Jahre 1912 ausbezahlten Löhne und Gehälter betrug 58 326 271 Mark gegen 52 331 844 Mark im Jahre 1911. Auf einen Versicherten entfällt demnach 1912 ein durchschnittlicher Lohnbetrag von 684 Mark gegen 577 Mark im Jahre 1911. Von dieser verhältnismäßig erheblichen Steigerung darf jedoch nicht auf eine entsprechende Lohnerrhöhung geschlossen werden. Vielmehr ist dieselbe nur eine Folge des durch die gute Kubbenernte des Jahres 1912 verursachten früheren Kampagnenbeginnes. Leider enthält der Bericht keine Angaben über die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden; auch über die Zahl der Vollarbeiter werden Angaben nicht gemacht, wie überhaupt der Bericht von einer geradezu beschämenden Dürftigkeit ist. Es scheint, als ob die Zucker-Berufsgenossenschaft auf die Unterdrückung der Deffektivität nicht nur keinen Wert legt, sondern sie direkt fördert. Sie muß dazu wohl ihre guten Gründe haben.

Unfälle wurden bei der Berufsgenossenschaft 2313 angemeldet, gegen 2205 im Jahre 1911. Davon wurden allerdings nur 403 als entschuldigend anerkannt. Die übrigen wurden entweder als nicht entschuldigend abgewiesen oder die Folgen waren innerhalb 13 Wochen beseitigt, so daß sie zu Lasten der Krankenkassen und der Betriebsinhaber gehen. Von den gemeldeten Unfällen entfallen 1093, also fast die Hälfte, in die drei letzten Monate des Jahres, also in die eigentliche Kampagnezeit.

An den Unfallzahlen sind die Betriebe sehr ungleich beteiligt. Ganz ohne Unfälle blieben von den 385 versicherten Betrieben nur 37 oder noch nicht 10 Prozent. In 233 Fabriken kamen nicht mehr als 5 Unfälle vor, in weiteren 100 Fabriken mehr als 5, aber doch nicht mehr als 20. Dagegen hatten 19 Fabriken 20 bis 40 und eine Fabrik 52, eine zweite 60, eine dritte 68, eine vierte 102 und eine fünfte gar 119 Unfälle anzumelden. Nun läßt das muß hier eingeschaltet werden, die Zahl der von einer Fabrik gemeldeten Unfälle noch keinen sicheren Schluß zu auf den Grad der Gefährdung der Arbeiter in diesem Betriebe. Um den

Papier-Industrie

Der neue Herr.

In der Schwarzwalden Zellulosefabrik von H. Wolf, jetzt L.G., ist vor einiger Zeit ein neuer Eigentümer, namens Klopfer, eingetroffen. Dieser Herr scheint nicht zu wissen, wie schwer die Arbeiter ihr Geld verdienen müssen. Auszugehen ist er und verhängt Strafen. Bei irgendeiner Unvorsichtigkeit gegen seine Maßnahmen rufen wird erlassen. Die Arbeiter haben Herrn H. und die neuen Herren, obwohl er selbst organismus ist — allerdings nur im Bereich zeitlicher Dispensationsrechte. Die Arbeiter des Betriebes werden sich durch die Maß-

ausführen zu können, müßte mindestens jährlich die Zahl der beschäftigten Arbeiter angegeben werden. Aber auch dann wären die Folgerungen noch unklar, weil auch die Gewissenhaftigkeit der Anmeldungen eine Rolle spielt. Ein Betrieb wird vielleicht alle geringfügigen Verletzungen gemessenhaft melden, während ein anderer leichtsinnig Verletzungen, deren Heilung in kurzer Zeit wahrscheinlich ist, gar nicht meldet. Zur Ermöglichung eines halbwegs sicheren Urteils wäre es also notwendig, neben der Zahl der beschäftigten Arbeiter auch Ursache, Art und Folgen der Verletzungen anzugeben. Das letztere geschieht nun in dem Bericht der Zucker-Verurschenschaft, soweit die entzündigten Unfälle in Betracht kommen. Allerdings fehlt da wieder die Angabe der Arbeiterzahl und deshalb ist auch mit diesem Teil des Berichts nicht viel anzufangen.

Von den 403 entzündigten Unfällen betrafen 386 erwachsene männliche Arbeiter, 15 Arbeiterinnen und 2 jugendliche Arbeiter. Vollständig behoben wurden die Unfallfolgen nur bei 98 Verletzten; bei 242 blieb dauernde Teilweise, bei 19 dauernde völlige Erwerbslosigkeit zurück und 44 Verletzungen endeten tödlich. 21 Frauen büßten dadurch ihren Ernährer, 58 Kinder ihren Vater ein.

Als Hauptgefahrenquelle kommen Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen aller Art in Betracht, auf die 99 entzündigungspflichtige Unfälle entfielen. Fast ebensoviel, nämlich 94 Fälle, kamen auf Fall von Leitern, Treppen, aus Luten, in Vertiefungen usw. Die durch Fallen verursachten Unfälle scheinen, was ja auch erklärlich ist, in ganz besonderem Maße die älteren Arbeiter zu treffen. So verzeichnet der Bericht allein an solchen Unfällen eine ganze Reihe, die Arbeiter, die über 60 Jahre alt sind, betroffen haben. Wir führen hier einen Auszug aus der Liste an.

In der Sülicher Zuckerrabrik zu Ameln fiel der 70jährige Arbeiter Mühe bei der Reparatur einer Rohrleitung rückwärts von der Leiter und verlor die rechte Unterschenkel, verstauchte sich das Kniegelenk, den Ellenbogen, das Handgelenk und den linken Oberarm. In der Zuckerrabrik „Kujewien“ in Amsee glitt der 67jährige Arbeiter Kesch aus und verrenkte sich das linke Handgelenk. In der Zuckerrabrik in Werburg glitt der 61jährige Arbeiter Höpmann beim Anziehen einer Schraube aus und brach sich drei Rippen und das Schulterblatt. In der Altienzuckerfabrik Eichthal (Braunschweig) fiel der 61jährige Arbeiter Schmidt von einer Treppe und brach sich den linken Oberschenkel. In einer Zuckerrabrik in Geln glitt der 64jährige Maschinenmeister Schormann aus und verstauchte sich den linken Arm. In der Zuckerrabrik Frauendorf stürzte der 70jährige Arbeiter Anders mit der Leiter und erlitt dadurch eine Gehirnerschütterung und andre Verletzungen. Gleichfalls eine Gehirnerschütterung trug der 61jährige Pawlki davon, der in der Zuckerrabrik in Gehrden bei Hannover ausglitt. Der ebenso alte Arbeiter Schulz, der in der Zuckerrabrik Großalben ausglitt und hinfiel, trug eine schwere Verletzung, des rechten Kniegelenks davon. Der 78 Jahre alte Arbeiter Vangelübecke fiel in der Zuckerrabrik Hornburg (Magdeburg) von einer Treppe und quetschte sich die Rippen, das Brustbein und erlitt noch andre Verletzungen. Von einer Treppe fiel auch der 62jährige Arbeiter Meyer in der Zuckerrabrik Papenteich in Meine und mit der Leiter fiel der 60jährige Feinich in der Zuckerrabrik Martrastadt. Abgeglichen beim Anziehen einer Schraube und rücklings zu Boden gefallen ist der 65jährige Arbeiter Wutke in der Fabrik von Schoeller u. Ko. in Großhähern. Quetschungen des Knies, des Oberschenkels und mehrerer Rippen war die Folge. In demselben Betriebe erlitt der 63jährige Arbeiter Patscherke eine Quetschung der linken Schulter, weil er ausglitt und hinfiel. In der Zuckerrabrik Reutrich glitt der 61jährige Arbeiter Sauer aus und verrenkte sich beide Unterarmknöchel im linken Ellenbogengelenk. In der Altienzuckerfabrik Salzhausen fiel der 67 Jahre alte Wfl in ein Schlammbecken und erkrankte. In der Zuckerrabrik Schode stürzte der 62jährige Fabriktschmied ab und in der Zuckerrabrik Söllingen der 72jährige Zimmermann Schulze. In der Zuckerrabrik Straußfurt glitt der 62 Jahre alte Fabrikzimmermann Fischer aus und verletzte sich so schwer, daß er an den Folgen verstarb. In der Zuckerrabrik Zduny in Krotoschin stürzte der 75jährige Arbeiter Wandel eine Treppe herunter und erlitt neben mehreren Wunden und Quetschungen eine Gehirnerschütterung. In demselben Betriebe fiel der 61jährige Arbeiter Urbanowicz von einer Laufbrücke und brach sich den linken Unterschenkel und Fußknöchel. Der 64jährige Maurer Palkowski fiel in der Zuckerrabrik Znin in einen Kanal, brach sich eine Rippe und quetschte sich ein Knie. Auch unter den verletzten Arbeiterinnen befinden sich manche sehr alte; so eine von 69 und eine andre von 72 Jahren.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die alten Arbeiter, denen die körperliche Mäßigkeit und Beweglichkeit, und oft auch die geistige Frische fehlt, viel leichter Unfälle erleiden, als die jüngeren Arbeiter. Diese Konstatierung soll kein Vorwurf sein gegen die Unternehmer, die alte Arbeiter beschäftigen. Die Dinge liegen heute so, daß die Arbeiter selbst im hohen Alter noch Arbeitsgelegenheit suchen müssen, wenn sie nicht Armenunterstützung nehmen oder hungern wollen. Und wenn Unternehmer solche Arbeiter behalten oder einstellen, so mag das in vielen Fällen Spekulation auf eine billige Arbeitskraft sein, in manchen andern ist sie es nicht. Ganz abgesehen davon, daß die Spekulation auf den jungen Leuten zu schaden, in manchen andern ist sie es nicht. Es kommt immer noch darauf an, wer sich am meisten dabei verrechnet.

Wir können und wollen aus den vorliegenden Angaben auch nicht den Vorwurf ableiten, daß die alten Arbeiter an gefährlichen Plätzen beschäftigt wurden. Die angeführten Unfälle rechtfertigen einen solchen Vorwurf im allgemeinen nicht; obwohl es gewiß oft vorkommt, daß Unternehmer rücksichtslos ältere Arbeiter an Arbeiten stellen, denen sie körperlich gar nicht gewachsen sind.

Aber einen andern Vorwurf und eine Forderung knüpfen wir an diese Zusammenstellung: den Vorwurf, daß das große Deutschland seine Greise in die kapitalistische Fron zwingt, und die Forderung auf Gewährung einer ausreichenden Altersrente vom 60. Lebensjahre an. Die Zusammenstellung im Bericht der Zucker-Verurschenschaft, von der wir diesen kurzen Auszug geben, beweist deutlich die Notwendigkeit eines besseren Schutzes, einer ausreichenden Fürsorge für die alten Arbeiter und Arbeiterinnen. Noch drastischer aber würde diese Forderung begründet werden, wenn einmal ganz allgemein solche Ergebnisse gemacht und wenn die Zahl der Verletzten mit der Zahl der Beschäftigten in den verschiedensten Lebensaltern verglichen würde. Dann würde sich zeigen, wie wenig das Wort des Deutschen Kaisers von der gesicherten Existenz des Arbeiters bis ins höchste Alter mit den harten Tatsachen des Lebens übereinstimmt.

Zur Gummidreher-Konferenz.

Seit einiger Zeit wird in der Holzarbeiterzeitung die Abhaltung einer Konferenz der Gummidreher lebhaft behandelt. Wir machen dabei die eigenartige Erfahrung, daß man in allen Eingekandten die zuständige Organisation der Gummidreher, den Fabrikarbeiterverband, nur im Vorbeigehen behandelt. Wie notwendig es ist, sich einmal zu dieser Frage zu äußern, beweisen die Ausführungen in Nr. 28 der Holzarbeiterzeitung. Danach soll auch auf der abzuhaltenden Konferenz die Frage der Verbandsgliederung geregelt werden: Da wir mit einer ähnlichen Konferenz (Papetenmacher) schon alle Erfahrungen haben machen müssen, ist es erst recht notwendig, sich mit der Frage zu beschäftigen. Der Zweck dieser Zeilen soll sein, die gesamten Gummidreher auf die „Drehsler“-frage aufmerksam zu machen. Die Frage der Zugehörigkeit der Gummidreher zu unserer Organisation kann heute eigentlich gar nicht mehr bestritten werden. In beinahe allen Gummifabriken sind einige Dreher beschäftigt, genau wie auch Polierer und Schleifer beschäftigt sind. Deshalb sollen die paar Dreher in eine besondere Organisation gehören und nicht in die Organisation, der auch die übrigen Gummidreher angehören? Von den Holzarbeitern wird eingewendet, daß es gelernte Drehsler sind und der Holzarbeiterverband deshalb zuständig sei. Wie unrichtig diese Behauptung ist, kann man schon daran erkennen, daß bei der Firma Kraun, Betrieb Harburg, von 17 Gummidrehern nur vier gelernte Drehsler sind. Alle andern Dreher sind angeleitete Arbeiter, genau so angeleitet, wie heute eigentlich jeder Gummidreher angeleitet werden muß. Und wenn diese 17 Gummidreher den Betrieb verlassen, so können eben nur die vier Drehsler wieder als Holzdrehsler arbeiten, alle andern können nur wieder als Gummidreher in Gummibetrieben in Arbeit treten; oder sie müssen überhaupt andre Arbeit verrichten. Aber selbst wenn alle Gummidreher gelernte Drehsler wären, müßten wir sie für uns reklamieren, da wir für die Gummibetriebe zuständig sind und die Interessen der in der gesamten Branche beschäftigten Personen zu vertreten haben. Auf den Berufsstand einzelner Personen können wir dabei keine Rücksicht nehmen.

In Harburg sind als Gummidreher 30 Personen beschäftigt. Davon gehören 14 unserer Organisation an, 9 dem Holzarbeiterverband, 1 dem Metallarbeiterverband und 6 sind unorganisiert. Die 9 Dreher haben die Holzarbeiter erst seit einigen Wochen. 7 davon sind ohne Abmeldung bei uns in den Holzarbeiterverband übergeschrieben worden. In andern Fabriken gehört wieder ein großer Teil Dreher dem Metallarbeiterverbande an. Es wird also Zeit, daß für eine Branche auch eine einheitliche Organisation geschaffen wird.

Im übrigen, ist der Vorstand unserer Organisation von der abzuhaltenen Konferenz der Gummidreher unterrichtet? Es wäre sehr erwünscht, wenn den Jagststellen- und Brancheneleitungen hierüber Mitteilung gemacht würde. Der Metallarbeiterverband stellt augenblicklich fest, wieviel Mitglieder er in der Branche hat, also muß er wohl von dem Statistischen der Konferenz unterrichtet sein. Die Konferenz für die gesamten Gummidreher wäre aber bedeutend wichtiger, als nur eine Konferenz für die Gummidreher. Aber wenn schon eine derartige Veranstaltung getroffen wird, sollten wir auch dafür sorgen, dort vertreten zu sein. Otto Adler.

Zu derselben Angelegenheit erhalten wir noch einen Versammlungsbericht aus Harburg, den wir hier anfügen. D. R.

Harburg. In der am 19. September abgehaltenen Branchenversammlung der Gummidreher wurde nach einem Referat des Kollegen Adler über: „Ziele und Probleme der Gewerkschaftsbewegung“ über: „die Notwendigkeit der Einheitsorganisation in der Gummi-Industrie“ diskutiert und dazu folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen:

„Um die Interessen aller Gummidreher wirksam zu vertreten, ist es notwendig, daß alle in der Gummi-Industrie beschäftigten Arbeiter einer Organisation angehören. Die zuständige Organisation für die Gummidreher ist der Fabrikarbeiter-Verband. Die Branchenversammlung der Gummidreher verurteilt deshalb das Bestehen der Holzarbeiter, die Gummidreher für den Holzarbeiter-Verband zu reklamieren. Die Gummidreher sind Gummidreher, genau wie die Polierer, Schleifer, Doublierer usw. Gummidreher sind. Es kann deshalb als die zuständige Organisation nur der Fabrikarbeiter-Verband in Frage kommen.“

Ganz besonders verurteilt die Branchenversammlung das Verhalten des Vorstandes des Holzarbeiter-Verbandes, der ohne Genehmigung der Gewerkschaftsorgane Gummidreher übergeschrieben hat. Die Branchenversammlung der Gummidreher ersucht den Vorstand, dahin zu wirken, daß in dem abzuschließenden Kartellvertrag alle Gummidreher dem Fabrikarbeiter-Verband zugesprochen werden.“

Begründend wurde folgendes ausgeführt: Man könnte der Meinung sein, daß die Einheitsorganisation schon bestehe und doch ist es bedauerlich, daß wir uns noch mit Grenzstreitigkeiten beschäftigen müssen. In der Füllhalterwerkstatt von Kraun u. Söhne, wo ungefähr 60 Personen, darunter ungefähr 12 Gummidreher, beschäftigt sind, hat der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes sieben Kollegen, die als Gummidreher arbeiten, ohne Abmeldung übernommen. Dagegen müssen wir Protest erheben. Wenn auch vielleicht der Unternehmer sagt, diese Arbeiter gebrauche ich notwendiger, so kann uns dies gleichgültig sein. Gummidreher sind auch nur Gummidreher, ob sie nun Gummi schleifen, drehen, fräsen, doublieren, polieren usw., bleibt sich vollständig gleich. Es ist unmöglich, hier Verbesserungen zu erzielen, wenn in die Gummibetriebe auf diese Art und Weise Zerplitterung hineingetragen wird. Jeder Arbeiter kann diese Arbeit, wenn er angeleitet wird, machen. Wenn nun gesagt wird, die jugendlichen Arbeiter müssen lernen, erhalten nach der Lehrzeit einen Lehrlingslohn, so ist es doch unmöglich, daß diese als Drehsler tätig sein können, oder sollen sie anderswo Einstufungen drehen? Sie können nur in einem andern Betrieb wieder als Gummidreher arbeiten, sind und bleiben also im wahren Sinne des Wortes Gummidreher. Wenn nun wirklich 9 oder 10 Holzarbeiter in einem solchen Betriebe tätig sind, so ist es doch ausgeschlossen, daß diese ihre Position aus eigener Kraft verbessern können. Die Agitation und Organisation bleibt dem Fabrikarbeiter-Verband überlassen. Sagt man uns doch einfach, wenn wir zur Mitarbeit auffordern, das ist Sache des Fabrikarbeiter-Verbandes.

Wir beantragen nach wie vor, daß sämtliche Gummidreher zu uns gehören, ganz gleich, welche Arbeit sie verrichten. Wir müssen dem Vorstand anheimgeben, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß bei einem Kartellvertrag die Gummidreher uns zugesprochen werden, denn sie gehören zu uns. Die Gummi-Industriellen schließen sich immer enger zusammen, das dürfen wir uns in unseren eigenen Reihen nicht zerplittern. D.

* Haben Sie Arbeit für uns? Wir haben keine Arbeit für Sie!

Kürzlich wurde in der Gummiwarenfabrik Harburg-Bien in Harburg ein Arbeiter, der schon 12 Jahre in der Fabrik beschäftigt war, wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen. Der Entlassungsgrund stand aber auf sehr schwachen Füßen, denn eine Stelle wurde sofort von einem jüngeren Arbeiter besetzt. Der eigentliche Grund lag jedoch tiefer. Der entlassene Arbeiter, der nach dem Ausspruch des Betriebsleiters Leiharbeiter sehr tüchtig war, besaß das Vertrauen seiner Mitarbeiter, die ihn deshalb in den Arbeiterausschuss wählten. Brauchbare Menschen haben meist eine eigene Meinung. Sie sind darauf bedacht, ihre Interessen zu wahren und auch die Lage ihrer Mitbewerber zu heben; ein Bestreben, das jeder verständige Mensch nur billigen kann. Es war deshalb kein Wunder, wenn der Entlassene den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie angehörte und in diesen Körperlichkeiten die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse am besten gewahrt sah.

Diese Gesinnungsrichtung paßte aber Herrn Hoff, dem Direktor des Werkes, nicht. Er ist unsern Kollegen als derjenige bekannt geworden, der auf den Tagungen der Gummi-Industriellen den Aufsatz zur scharfen Delampfung der modernen Arbeiterorganisationen gibt. Er erklart das Ziel der Unternehmer in den gewerblichen Werken. Dabei geht er hauptsächlich von der Voraussetzung aus, daß dermaßen eingeleitete Arbeiter keine Lohnforderungen stellen, und es daher dem leitenden Direktor dann sehr leicht gemacht wird, billig zu produzieren. Diese Logik ist aber schief. Wenn es allen Werken gelingen würde, Gebrauchsgegenstände in ausreichendem Maße zu produzieren, dann würde schließlich der Zustand eintreten, wo kein Unternehmer gegenüber dem andern insofern im Vorteil wäre, daß er durch das Sinken der Löhne noch vorteilhafter produzieren könnte. Dagegen hätten aber die Unter-

nehmer auf der andern Seite durch Herabsetzung des Existenzminimums der Arbeiterschaft dafür gesorgt, daß die Konsumfähigkeit der Massen bedeutend vermindert wurde. Die Produktion verlor sozusagen Schritt nach steigender Konsumtion; letztere kann jedoch nur durch Zahlung hoher Löhne erreicht werden.

Diese Erwägungen müßte eigentlich jeder Betriebsdirektor selbst anstellen. Herr Hoff scheint anderer Meinung zu sein, sonst würde er die Sozialistenvernichtung aufgeben, zumal unangenehm ist, daß sie einen großen Teil seines Denkens und Handelns in Anspruch nimmt, der vielleicht bessere Verwendung in der Geschäftsführung, dem eigentlichen Hauptberuf eines Direktors, finden dürfte.

Der entlassene Arbeiter, dem der mitgeteilte Entlassungsgrund nicht einleuchtete, ging nun zum Herrn Direktor Hoff, um von ihm selbst die Wahrheit zu erfahren. Aus der Annahme hatte Herr Hoff schon vorher ersehen, was der Arbeiter wüßte. Er vermied es deshalb, auf die Gründe einzugehen, die zur Entlassung bewogen hatten, drehte sich vielmehr rasch um und richtete an den Entlassenen die Frage: „Haben Sie Arbeit für uns? Wir haben keine Arbeit für Sie!“ Der Arbeiter wäre, wenn er nicht eine sehr gute Kombinationsgabe hätte, nach dieser Antwort so klug gewesen wie vorher.

Herr Hoff hätte allen Grund, seine ganze Tätigkeit nur der Hebung des Geschäfts zu widmen. Mit solchen Maßnahmen macht er seine Fabrikale die Arbeiter und andere rechtlich denkenden Personen unbeliebt. Herr Hoff, es gibt Fabrikanten, die auch Gummischuhe und andre von den Massen der Bevölkerung gebrauchte Artikel aus Gummi verfertigen, aber das Koalitionsrecht der Arbeiter achten. Es könnte, wenn Sie so fortfahren, der Fall eintreten, daß Ihre Fabrikale absichtlich nicht gekauft werden. Das wäre offenbar Ihnen und erst recht den Aktionären unangenehm. Unter Umständen könnte dann einmal vom Ausschussratsvorsitzenden auch an Sie diese Frage gerichtet werden, die Sie, in Verrechnung der wirtschaftlichen Verhältnisse, an den für sein Recht eintretenden und nun entlassenen Arbeiter richten.

* Hannover. Wie die Unternehmer Versprechen einhalten, zeigt folgender Fall. Der Inhaber der Gummi-Fabrik J. Hansen in Wülfel bei Hannover, Herr John Hansen, erklärte in einem Brief an die Ortsverwaltung unjres Verbandes im Jahre 1911 unter dem folgenden:

„... Auberseits liegt es mir vollständig fern, die Arbeiter oder Arbeiterinnen zu maßregeln oder zu kündigen, weil sie Mitglied Ihres Verbandes sind, oder gar für ihre Handlungen, die außerhalb des Fabrikbetriebes liegen.“

„... Ich nehme allerdings auch an, daß es nicht in der Absicht des Fabrikarbeiter-Verbandes liegt, die Agitationen in die Arbeitsstätten zu tragen, da dazu ja nach Arbeitsvertrag außerhalb des Betriebes Zeit genug zur Verfügung steht.“

Auf Grund obiger Ausführungen werden Sie wohl selbst einsehen, daß ich gar nicht daran denke, irgendetwas Arbeiter die persönlichen Freiheiten oder Rechte zu nehmen. . . .“

Die Ortsverwaltung in Hannover hat nun darauf geantwortet, daß die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder nur außerhalb des Betriebes betrieben wurde. Sie mußte deshalb annehmen, daß Herr Hansen sich an sein schriftlich gegebenes Wort halten würde. Mittlerweile hat die gelbe Suche ihren Einzug im Betrieb gehalten und manchen Arbeiter in die Reihen des Werkvereins zu bringen gesucht. Kürzlich wurde ein Arbeiter, der erst ein neues Mitglied bei den Gelben geworden war, von zwei Werkskollegen zur Rede gestellt. Die Antwort des Gelben war eine unhöfliche Einladung auf die Kirchweih. Die Eingeladenen drohten ihm für seine Frechheit einige Ohrfeigen an. Der Gelbe meldete dem Vorstand. Am darauffolgenden Sonnabend wurden die beiden Werkskollegen, obgleich der Vorgang sich auf der Straße abgespielt hatte, plötzlich entlassen. Auf eine Anfrage erklärte die Firma, daß sie sich die Sache nochmals überlegen wolle. Die Arbeiter sollten deshalb am folgenden Montag nochmals ins Fabrikintor kommen. Als die Arbeiter am Montag wieder vorprachen, wurde ihnen gesagt, daß sie wieder eingestellt würden, aber nur unter der Bedingung, daß sie erklären, aus dem Fabrikarbeiter-Verbande auszutreten. Leider waren die Arbeiter so willensschwach, nach längerem Sträuben sich bereit zu erklären, aus dem Verband auszutreten und sich dem Terrorismus der Unternehmer zu unterwerfen. Anstatt den beiden Unternehmern wegen ihrer verurteilungswürdigen Handlungsweise gehörig die Meinung zu sagen und die schimpfliche Zumutung mit Entschiedenheit zurückzuweisen, haben die Arbeiter in ihrer Zaghaftigkeit und Mutlosigkeit das Machigebot der Unternehmer angenommen. Unter Gegenüberstellung dieser Tatsachen vergleihe man, was von den Versprechungen mancher Unternehmer zu halten ist.

Internationales.

Der Kongreß der Gewerkschaften der Schweiz.

Der Kongreß der Gewerkschaften der Schweiz fand vom 16. bis 18. September in Zürich statt. Aus dem Geschäftsbericht für 1912 ist zu entnehmen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in der Schweiz mit mehrererlei Schwierigkeiten zu kämpfen haben, daß aber trotzdem Fortschritte gemacht werden. Die Schwierigkeit liegt zunächst in der fortwährenden Zu- und Abwanderung der Arbeiter. Sind doch in der Schweiz allein 150 000 — 160 000 italienische Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die fast alle im Winter nach Italien zurückgehen. Ebenso sind eine Anzahl Reichsdeutscher und Oesterreicher in der Schweiz beschäftigt, die nur vorübergehend im Lande bleiben. Die Schweizer Fremdenindustrie begünstigt ebenfalls die fortwährende Zu- und Abwanderung. Eine weitere Schwierigkeit ist die Verschiedenartigkeit der Sprachen und die damit zusammenhängende Beeinflussung der betreffenden Sprachgebiete durch die benachbarten gleichsprachigen Länder. Dadurch stoßen in der Schweiz die deutschen, französischen und italienischen Gewerkschaftstendenzen, die nicht immer übereinstimmen, aufeinander und erschweren die gewerkschaftliche Arbeit.

Zudem ist von 1911 auf 1912 die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten von 78 119 auf 86 313 gestiegen, hat also um rund 8000 Mitglieder oder 10,5 Prozent zugenommen. Die Anzahl der Frauen ist sogar um 24 Prozent, von 6848 auf 8487 gestiegen. Die größten Organisationen sind die Metallarbeiter mit 15 238, die Uhrenarbeiter mit 14 518 und die Transportarbeiter mit 13 918 Mitgliedern. Dann folgen erst die Holzarbeiter mit 7870 bis hinab zu den Coiffeuren mit 131 Mitgliedern. An regelmäßigen Beiträgen wurden im Jahre 1912 1 847 823 Franken geleistet. Von den Ausgaben entfielen 390 178 Franken auf Krankenunterstützung (die Schweiz hat keine staatliche Zwangsfrankenversicherung), 366 704 Franken auf Streiks und Lohnbewegungen, 110 105 Franken auf Invaliden- und Sterbenunterstützung. Für Arbeitslosen-Unterstützung wurden 88 945 Franken ausbezahlt. Das Vermögen der Gewerkschaften betrug Ende 1912 rund 3 247 789 Franken.

In den Verhandlungen wurde zunächst die Frage der gewerblichen Rechtsprechung vor den Schiedsgerichten behandelt. Dann wurden die Beiträge, die von den einzelnen Gewerkschaften an den Gewerkschaftsbund geleistet werden, von 3 Rappen jährlich für jedes männliche und 1½ Rappen für jedes weibliche Mitglied auf 5 bzw. 2½ Rappen erhöht.

Der folgende Punkt der Tagesordnung: Die Gewerkschaften und die bestehende eidgenössische Gewerbebegehrung wird mit einem Referat des Bundes des Schweizerischen Arbeitersekretariats, Lorenz, eingeleitet. Redner spricht für eine Ausdehnung der Gewerbebegehrung und für den Erlass besonderer Schutzgesetze für gewerbliche Betriebe, für Heimarbeiter, für Handelarbeiter, für Transportarbeiter, für das Wirtschaftspersonal und für Kinder. Vom Gewerkschaftsbund verlangt er die Sammlung begünstigender Materialien und eine Einrichtung auf dem Schweizerischen Arbeiterbund, damit er ebenfalls im Sinne der vom Referenten aufgestellten Forderungen wirkt.

In der Diskussion werden Bedenken gegen die vom Referenten angelegten einzelnen Schutzgesetze erhoben und die Anknüpfung eines gemeinsamen Schutzgesetzes empfohlen. Diesen Bedenken schließt sich auch der erste Sekretär des Schweizerischen Arbeitersekretariats, der Genosse Greulich, an. Der Referent stellt in Berücksichtigung dieser Ausführungen einen Zusatzantrag, der besagt, daß die einzelnen Gesetze nur dann angestrebt werden sollen, wenn ein gemeinsames Arbeiterchutzgesetz ohne Aussicht auf Erfolg erscheint. Mit diesem Zusatz werden die Vorschläge des Referenten angenommen.

Der nächste Punkt betraf die „Stellungnahme der Schweizerischen Gewerkschaftsverbände zu den Jugendorganisationen“. Es haben Verhandlungen zwischen der Parteileitung, dem Gewerkschaftsbund und dem Verband der Jugendorganisationen stattgefunden, die zur Vorlegung einer Resolution führten,

in der die Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften umgrenzt wurden. Nach Erledigung dieses Punktes sprach der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Huggler, über Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung...

Was die Art des zu verlangenden Eingreifens betrifft, so spricht sich der Referent für das sog. Genter System aus und zwar verlangt er für normale Zeiten die Leistung eines Zuschusses von mindestens 75 Prozent...

Ein Punkt, der für uns von besonderem Interesse ist, wurde dann mit einem Referat der Frau Walter über "Förderung der Organisation bei den schlechtgestellten Arbeitern und in solchen Industriezweigen, für die zurzeit noch keine Zentralverbände bestehen" eingeleitet...

Gegen den letzten Vorschlag werden von einem Diskussionsredner Bedenken erhoben. Es sei bedenklich, alle schlechtgestellten Arbeiter in einem Verbande zu vereinigen und dadurch ein wenig lebensfähiges Gebilde zu schaffen...

Weiter beschäftigte sich der Kongress mit der Frage der Tarifverträge und der Revision der Fabriktarifgesetzgebung. Dann wurde verhandelt über die Stellungnahme der Gewerkschaftsverbände zum Generalarbeiterkongress...

1. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund lehnt den sogenannten republikanischen Generalstreik ab; das heißt, er widerspricht sich der Intensivierung von Generalstreiks, die nicht im Punkte 3 vorsehene sind...

Sollte wider Erwarten in der Schweiz irgendwo eine derartige Streikaktion propagiert oder inszeniert werden, dann betrachten es die Gewerkschaftsverbände als ihre Pflicht, in Verbindung mit den Vertrauensmännern der politischen Arbeiterorganisation...

2. Allgemeine Berufsstreiks oder Sympathie- oder Solidaritätsstreiks, die von vornherein auf wenige von einander abhängige Berufsgruppen beschränkt bleiben oder sich nicht über das Gebiet einer Industrie hinaus ausdehnen, gelten nicht als Generalstreiks...

3. Massenstreiks als Protest- und Protestaktionen können von den Gewerkschaftsverbänden erst dann unterstützt werden, wenn es sich darum handelt, Maßnahmen der Behörden, durch die gemeinsame Lebensinteressen oder wertschöpfende Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse ernstlich bedroht werden, zu verhindern...

4. Massenstreiks als Mittel zur Erwerbung politischer Rechte ergehen für die Schweiz nicht empfehlenswert. Wenn die Sozialdemokratische Partei der Schweiz dieses Mittel in Anwendung bringen will, muß der Gewerkschaftsbund zur Beratung und Beschlussfassung zugezogen werden...

5. Die Partei und der Gewerkschaftsbund sind der Überzeugung, daß die Arbeiterklasse in der Schweiz sich für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen erst dann wirksam wehren kann, wenn sie möglichst vollständig organisiert ist. Der Streik ermöglicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen zur Gewerkschaft und Partei und die ständige Mitarbeit jedes einzelnen am Ausbau der Organisation...

Diese Resolution wurde mit 41 gegen 33 Stimmen angenommen. Damit war die Tagesordnung des Kongresses erledigt.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Ausperrungen besetzen in Eisenberg, S.M. Bergbauarbeiter; Güterzüge bei Dresden (Weihnachtsarbeiter von S. Schöner); Gurgurgel a. d. E. (Bambenererarbeiten Gebr. Salomon);

Ein jugendlicher Arbeiter ist während der Streikaktion in Gurgurgel ertrunken!

3. Hof-Straße. In der Kroggarte-Strasse von Benedikt Klein in Gurgurgel wurden die Arbeiter zum einzigen Mal mit der Firma in Unterhandlung wegen Abzug eines Lohnzuschusses. Geplant wurde eine Reduzierung der Arbeitszeit von 60 auf 54 Stunden pro Woche...

4. Koberger. Tarifvertrag. Bei den hiesigen Textilgewerkschaften haben die Arbeiter Lohnforderungen gestellt. Der erste Lohnzuschuss, der Gewerkschaft, rufen das Jahr auf, die bei ihm beschäftigten Arbeiter zu erhalten. Der zweite Lohnzuschuss, war einwöchiger und bewilligte 1 Part Gehaltsvermehrung...

Die niederländische Fabrikarbeitervereinigung, Abteilung Amsterdam, mittels, sind zwischen ihren Mitgliedern und der Firma N. V. Hertel u. Co., Apfelbeisellende und -verpackung, Differenzen ausgebrochen. Die Firma hat durch Entlassung von Verbandsmitgliedern einen Angriff auf das Vereinsgesetz unternommen...

Gegnerische Gewerkschaften.

Christliche Weisheitsliebe.

Einen schätzenswerten Beitrag zur Charakterisierung der christlichen Gewerkschaften liefert der "Korrespondent", das Verbandsorgan der Buchdrucker. Bekanntlich besteht für die Buchdrucker eine Gegenorganisation, der sogenannte Gutenbergsbund...

Man sollte meinen, daß nach einer solchen Fragestellung eine glatte Abweisung erfolgt wäre. Aber weit gefehlt! Der Kreisvorsitzende offenbarte vielmehr die im Gutenbergsbund herrschende Gesinnungslosigkeit...

Antworflich Ihrer Karte teile ich Ihnen betreffs Ihrer Anfragen mit, daß wenn Sie nur Lust und Liebe zu irgendeiner Betätigung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung besitzen...

Und da sage man noch, die Christen wären nicht tolerant. Sie nehmen Geld von Anarchisten, Missgeiern und andern - wenn sie es kriegen können. In diesem Falle kriegen sie es allerdings nicht, denn der Anfrager wollte nur einmal sehen, wie weit die christliche Liebe geht.

Polizei und Gerichte.

§ Ungetreuer Kassierer. Der Hilfskassierer Binl von Grinprode unter Schluß der Kassette Waltershausen den Betrag von 44,20 M. Davon zahlte er 15 M. zurück, für die weitere Summe von 29,20 M. bestrafte ihn das Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft.

Rundschau.

Wie man die Arbeitslosigkeit aus der Welt schafft, dafür hat die Polizei in Schweinfurt ein verblüffend einfaches Mittel entdeckt. Mitte Juli beschäftigte ein 20jähriger Arbeiter, sich auf die Wandererschaft zu begeben...

"Sch. W., Arbeiter, wohnhaft in Schweinfurt, ist nach einer Anzeige des Stadtmagistrats hier vom 18. August beschuldigt, bis zum 2. August 1913 nach Verlust seines bisherigen Unterkommens innerhalb der ihm vom Stadtmagistrat Schweinfurt unterm 28. VII. gestellten Frist sich ein anderweitiges Unterkommen nicht verschafft und sich dadurch gegen die Vorschriften des § 361 B. 8 des St.-G.-B. verstoßt zu haben."

Ein ernstes Wort an die Arbeitereltern. Wieder wollen wir uns heute an die Arbeitereltern wenden, deren Kinder die Mühsal haben, Stellung in häuslichen Diensten anzunehmen oder bereits a. Hausangestellte beschäftigt sind...

Die jungen Dienstmädchen verlassen beim Eintritt der Stellung nicht allein das Elternhaus, sondern oftmals auch die Heimat und stehen nun als unerfahrene junge Menschen in einem fremden Verhältnisse gegenüber. Es sind ihnen nicht nur die Lebensgewohnheiten der Familien unbekannt, bei denen sie Stellung finden...

machen, die diesen den Schutz bietet, den die Familie den fern von ihr beschäftigten Familienmitgliedern nicht gewähren kann. Der Hausangestelltenverband gewährt seinen Mitgliedern Rechtsschutz in Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis...

Verbandsnachrichten.

Verbandskalender 1914.

Bestellungen auf den Kalender können nicht mehr berücksichtigt werden. Die bis jetzt eingegangenen Aufträge haben die Höhe der Auflage erreicht und kommen im Monat Oktober zur Erledigung.

Jahrbücher.

Von den Jahrbüchern ist noch eine Anzahl vorrätig, die bei Bedarf von den Zahlfstellen abgefordert werden können.

Zur Beachtung!

Es ist wieder die Zeit, in welcher Kollegen ihrer Einrückungspflicht genügen müssen und Soldat werden. Die Zahlfstellenleitungen und Funktionäre sollen nicht unterlassen, den einrückenden Kollegen bekanntzugeben...

Die vom Militär Entlassenen sollen ebenfalls daran erinnert werden, daß folgende Bestimmung des Statuts für sie zur Anwendung kommt: Mitglieder, welche zum Militär eingezogen werden und sich ungenügend am Wohrort abgemeldet haben...

Vom 23. September an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Dorfsten 100,—, Würzen 3,—, Neustadt a. d. S. 200,—, Bad Reichenhall 25,—, Bieren 15,47, Erfurt 5,50, Harburg 1,50, Knaustadt 400,—, Magdeburg 200,—, Dresden 56,—, Frankfurt 5,50, Mannheim 2,50, Magdeburg 4491,97, Chemnitz 1000,—, Dresden 377,58, G. Seub. (S.-M.) 6,—, Vanshen 520,64, Schönbeck a. E. 400,—, G. Seub. 36,10, S. M. 4,—, Weiskopf 600,—, Wiesfeld 400,—, Weiskopf a. d. S. 100,—

Schlus: Montag, den 29. September, mittags 12 Uhr. F. W. Runz, Kassierer.

Die Abrechnung für das dritte Quartal 1913 haben eingekandt:

- Bieren, Würzen, Magdeburg. An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Beuthen i. Sch. 18,40, Chemnitz 1,95, Doldisleben 6,—, Zeitz 32,10, Dittersbach 2,—, Chemnitz 115,—, Waldenberg 1,05, Forbach 1,60, Niersleben 18,30, Magdeburg 196,10.

Verdammten mit Blauen i. Vogil. haben sich die Zahlfstellen Dörsing und Bölan. ausgesprochen wurde das Mitglied der Zahlfstelle Brandenburg. Wilhelm Senkel, Buch-Nr. 396 266.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Gingezeiten in. Rows include: 430:91 Valentin Worbel, 435:91 Johannes Schöneberger, 21 506 Peter Seidling, 510 661 Johann Auringer, 337 247 Olga Studenberg, 308 208 Johann Wozny, 302 667 Erna Wolfmann.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Brandenburg. Bureau Brandenburg-Mistadt, Fischstr. 18, 2. Et. Cleve. Gau 14, Bernhardi Glling, Thierstr. 16. Johann Comen, Kellen bei Cleve, Schulstr. 9. Kottowig. P. Zentler, Kirchstr. 9, 2. Et. Sanktseim. Paul Sobalzi, Zawozgie, Kaiser-Wilhelm-Str. 77. Madmitz. Gau 6, Paul Freudenberg, Mittelstr. Hermann Wiesner, Bahnhofstr. 18. Schlag. Robert Schmidt, Zichflau Nr. 98. Ludolfsburg. Robert Walle, Schloßberg 11. Treprow a. S. Karl Dunsjren, Lehmstr. 7, 1. Et. Albert Käfer, Regenwalder Straße 18. Htm. Joseph Kammerlechner, Ofenhausen, Foh Menli-a, Weinstraße 4, part.

Briefkasten.

G. Die Redaktion des 'L'Operaio Italiano' befindet sich zurzeit in Karlsruhe. Adresse: L. Boji, Karlsruhe, Wilhelmstraße 47.

Die Zahlfstelle Straßburg und Umgegend sucht am sofortigen Eintritt einen tüchtigen Geschäftsführer.

Bewerber müssen mit den Aufgaben eines Kassabchters vollständig vertraut sowie auch rednerisch befähigt und mindestens 3 Jahre Mitgliedschaft der Organisation sein.

Chemische Industrie

Die chemische Industrie Sachsens im Jahre 1912.

Die sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten bleiben ihrem Grundsatze nach immer hübsch langsam. Auch in diesem Jahre erscheint der Jahresbericht als letzter. Die fortwährende Kritik über den äußerst dürftigen Inhalt, der sich nicht auf die trodene Wiedergabe von Zahlen beschränkt, scheint allerdings einigen Erfolg gehabt zu haben. Nach unserer Auffassung gewinnt es den Anschein, als ob die Beamten etwas mitleidiger würden.

Ehe wir zur Besprechung der speziellen Verhältnisse der chemischen Industrie Sachsens übergehen, wollen wir in kurzem Abriss die wichtigsten Zahlen des Berichtes über die gesamte sächsische Industrie, soweit die revisionspflichtigen Betriebe in Betracht kommen, mitteilen.

Die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe stieg von 30 623 auf 33 555. In diesen Betrieben waren beschäftigt:

Jahr	Arbeiter	Arbeiterinnen	Jugendliche Personen	Kinder	Zusammen
1912	487 899	248 663	67 016	2830	806 408
1911	456 884	236 507	61 562	2615	757 518
Zunahme	6,8 %	5,2 %	8,8 %	4,5 %	6,4 %

Die Zahlen zeigen ein Bild des Aufstiegs der sächsischen Industrie, zugleich aber auch die Tatsache, daß die Zahl der jugendlichen Personen verhältnismäßig am stärksten gestiegen ist. Die Gesamtzahl der Revisionen stieg von 25 027 auf 30 119. Von den revisionspflichtigen Betrieben wurden 1911 61 Prozent, 1912 aber 66 Prozent revidiert. In den revidierten Betrieben waren 1911 75,4 Prozent, 1912 hingegen 85,2 Prozent aller revisionspflichtigen Arbeiter beschäftigt. In Ergänzung der Gewerbeinspektion nahmen die Polizeibehörden außerdem noch 42 333 gegen 33 839 Revisionen im Jahre 1911 vor, die 1051 Verstrafungen zur Folge hatten.

Die Zahl der von den Gewerbeaufsichtsbeamten ermittelten Verstöße gegen die Bestimmungen der Schutzgesetze für die Arbeiterinnen ging von 2408 auf 1528 Fälle zurück. In 49 Fällen erfolgten Verstrafungen. Für die jugendlichen Arbeiter ergab sich ein Rückgang der ermittelten Verstöße von 3378 auf 2917, während in 79 Fällen Verstrafungen erfolgten und 37 Fälle noch ihrer Erledigung harren. 1905 Verstöße wurden gegen das Kinder schutzgesetz ermittelt, denen nur 78 Verstrafungen gegenüberstehen.

Die für Arbeiterinnen an den fünf ersten Wochentagen bewilligte Ueberarbeit ging um rund hunderttausend Stunden zurück, dagegen blieb die Zahl der in Ueberarbeit beschäftigten Arbeiterinnen die gleiche. Die Ueberarbeit an Sabbaten und an erfuhr dagegen eine ganz erhebliche Zunahme. Die für Arbeiter bewilligte Sonntagsarbeit ist im ganzen betrachtet, wesentlich zurückgegangen. Ein großer Teil des Rückganges der Sonntagsarbeit entfällt auf die Papierindustrie.

Die Verkürzung der Arbeitszeit macht erfreuliche Fortschritte, besonders in solchen Betrieben, die neben Arbeitern eine erhebliche Anzahl Arbeiterinnen beschäftigen, da die Unternehmer für die Arbeiter vielfach den früheren Arbeitsschluß an Sabbaten mit einführen, der bekanntlich für die Arbeiterinnen gesetzlich vorgeschrieben ist.

Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ist um zwei wissenschaftlich gebildete Assistenten und drei technische, aus dem Arbeiterstande entnommene Hilfsbeamte vermehrt worden. Erwähnenswert ist noch eine Zusammenstellung über die Zunahme der revisionspflichtigen Betriebe und der in ihnen beschäftigten Personen in den letzten zehn Jahren. Danach nahmen zu: die Betriebe um 71 Prozent, die Beschäftigten zusammen um 42 Prozent. Die Zahl der erwachsenen Arbeiter stieg um 39 Prozent, die der Arbeiterinnen um 45 Prozent, die der jugendlichen Personen um 51 Prozent und die der Kinder um 40 Prozent.

Wenden wir uns nunmehr den speziellen Verhältnissen der chemischen Industrie Sachsens zu. Das Jahr 1912 brachte in ihrer Entwicklung einen weiteren Fortschritt, wie nachfolgende Zahlen näher zeigen. Es waren vorhanden:

Jahr	Betriebe	Arbeiter	Arbeiterinnen	Jugendliche	Kinder	Beschäftigte überhaupt
1912	286	6053	2846	369	25	9296
1911	265	5252	2853	245	19	8199
Zunahme	absolut 31	771	193	124	9	1097
	prozentual 12 %	14 %	7 %	50 %	47 %	13 %

Auffällig ist bei Betrachtung dieser Zahlen, daß die Zahl der jugendlichen Personen und der Kinder sich ganz erheblich über die Durchschnittszunahme im allgemeinen gehoben hat. Den größten Anteil an der Zunahme der jugendlichen Personen stellen die Amtshauptmannschaften Dresden mit 97 und Zwickau mit 28, während die Zunahme der Kinderbeschäftigung auf die Amtshauptmannschaften Chemnitz mit 9 und Leipzig mit 3 Kindern entfällt. Immerhin wäre es wünschenswert, zu erfahren, bei welcher Fabrikationsart so viele jugendliche Personen und Kinder im Zeitraum eines Jahres Aufnahme finden konnten. Im Bericht finden sich darüber keine Angaben. Vor allem ist die Möglichkeit, daß es sich vielleicht um neu eingerichtete Betriebe handelt, nicht ausgeschlossen.

Ueber die Zahl der Revisionen und der von den Revisionen erfaßten Betriebe und Arbeiter informiert nachfolgende Zusammenstellung:

Jahr	Revisionen	In Betrieben	Mit Arbeitern
1912	306	213	8136
1911	264	189	6634

Auf 100 Betriebe beziehungsweise Arbeiter berechnet, ergeben sich für das Jahr 1912 Fortschritte, die ihre Ursache vor allem wohl in der Vermehrung des Beamtenpersonals der Gewerbeinspektion haben. Im Jahre 1911 wurden 71 Prozent der Betriebe und 81 Prozent der Arbeiter, 1912 aber 81 Prozent der Betriebe und 87 Prozent der Arbeiter der chemischen Industrie von der Revision erfaßt. Trotz dieser Verbesserung läßt das erzielte Resultat im Vergleich zu den größten Bundesstaaten noch viel zu wünschen übrig. Im Interesse der Arbeiterschaft der chemischen Industrie ist eine weitere Verringerung auf diesem Gebiete sehr notwendig.

Die bei den Revisionen ermittelten Zuüberhandlungen gegen die Schutzbestimmungen jugendlicher Arbeiter und erwachsener Arbeiterinnen sind so minimal, daß sich ein Eingehen auf diese Materie nicht lohnt. Die für Arbeiterinnen bewilligte Ueberarbeit hat 1912 einen erheblichen Rückgang, und zwar von 23 023 auf 11 710 Ueberstunden, erfahren, dagegen wurde mit der Bewilligung von Sonntagsarbeit für erwachsene Arbeiter nicht getaufert. Während 1911 an 17 Sonn- und Festtagen für 49 Arbeiter 365 Stunden Sonntagsarbeit gestattet wurden, wurden 1912 an 17 Tagen für 157 Arbeiter 2772 Ueberstunden an Sonntagen genehmigt.

Unfälle.

In einer Sauerstofffabrik der Kreisshauptmannschaft Dresden explodierte ein Trennungsgarret, wobei ein Arbeiter schwer verletzt wurde. Die Ursachen der Explosion liegen darin, daß Azetylen mit der atmosphärischen Luft durch den Kompressor angesaugt wurde. Um vor dem herein die Möglichkeit des Auslaufens von Azetylen von der nur 12 Meter entfernten Fabrik auszuschließen, wurde eine 200 Meter lange Leitung aus glasierten Tonröhren einen halben Meter tief bis hinter einen hohen Straßendammbau geführt und die Ausmündung mit einem Schutzhaus versehen. Die Untersuchung ergab, daß die Saugleitung nicht ganz dicht war. Ueber sie hinweg führte ein 30 Zentimeter tiefer Graben, in den die Abwässer der Azetylenfabrik abgeleitet wurden. Wahrscheinlich gelangte durch diesen Mißstand Azetylen in die Leitung und führte so die Explosion herbei. Es wurde angeordnet, daß der Abwässergraben anders geführt wird.

Aus dem gleichen Bezirk wird über den Tod eines Arbeiters in einer Nitroglyzerinfabrik berichtet. Durch Ueberlaufen eines mit Salpetersäure gefüllten Gefäßes entwickelten sich nitrose Gase, die der Arbeiter, der die Gefährlichkeit derselben nicht kannte, einatmete. Der Unfall wäre vermieden worden, wenn die Betriebsleitung für richtige Belehrung des Arbeiters gesorgt hätte. Es könnte eigentlich gar nichts schaden, wenn die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie den Unternehmern, die hinsichtlich der Belehrung der Arbeiter ihre Pflicht nicht erfüllen, die entstandenen Kosten für Heilbehandlung, Hinterbliebenenrenten usw. aufbürden würde.

Gewerbekrankheiten.

Im Berichtsjahr wurden 365 Meierkrankungen bekannt (im Vorjahr 371). Davon entfielen 22 auf Betriebe zur Herstellung von Bleizucker und Bleifarben. Eine Fabrik der letztgenannten Art im Zwickauer Regierungsbezirk hatte allein 20 Erkrankungsfälle aufzuweisen, was noch eine Verminderung gegen das Vorjahr bedeutet. Worauf diese zurückzuführen ist, sagt der Bericht mit den Worten:

Der Rückgang der Meierkrankungen in der Bleizucker- und Bleifarbenfabrik ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß zum Eintragen und Ausräumen der Bleikammern jetzt Gelegenheitsarbeiter nur ganz vorübergehend mitbeschäftigt werden. Es darf dahingestellt bleiben, ob diese Leute bei der kurzen Einwirkung des Bleis überhaupt nicht erkranken, oder ob nur diese Meierkrankungen statistisch nicht feststellbar sind.

Das heißt sich vorsichtig ausdrücken. In Wirklichkeit besteht längst kein Zweifel mehr, daß diese Art der Beschäftigung noch viel gefährlicher ist als die von ständigen Arbeitern. Die mit den Betriebsgefahren nicht vertrauten und deshalb unvorsichtig hantierenden Gelegenheitsarbeiter unterziehen sich keiner ärztlichen Kontrolle und schleppen vielfach den Keim des Siechthums und frühen Todes aus den Bleikammern mit fort, ohne eine Ahnung davon zu haben. Für den Unternehmer freilich bedeutet diese Art der Beschäftigung Ersparnis der Arztkosten und Krankentafelbeiträge.

Im Zwickauer Bezirk befindet sich eine Zündstreichfabrik, die weißes Phosphor verarbeitet. Im Berichtsjahr kam keine Erkrankung an Phosphornekrose vor. Dagegen fand eine nach vierjähriger Beschäftigung erkrankte Arbeiterin im Alter von 27 Jahren nach zwölfförmiger Erkrankung an ausgebreiteter Phosphornekrose der Oberkieferknochen.

Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter.

Das Phosphorzündwarengesetz verbietet bekanntlich die Verwendung von weißem und gelbem Phosphor bei der Herstellung von Zündhölzern. Ausgenommen von diesem Verbot ist die Herstellung der Zündbänder für Grubenlampen. Da zurzeit ein Verbot der Herstellung solcher Zündbänder nicht besteht, wurden auf Grund des oben geschilderten Falles dem Unternehmer von der zuständigen Gewerbeinspektion und unter Zustimmung des Stadtbezirksarztes besondere Betriebsvorschriften übermittelt. Darin wird an Stelle der bisher halbjährigen Untersuchungsperiode die vierteljährige Frist gesetzt. Zur Mundspülung sollen sich die Arbeiterinnen der essigsauren Tonerde bedienen. Der Fabrikrentenkasse wurde ein weitgehendes Entgegenkommen bei zahnärztlicher Behandlung der Arbeiter empfohlen. Den Arbeiterinnen sind mit Nerneln versehene Schürzen zu liefern. Durch Ausschlag einer Betriebsvorschrift sind die Arbeiter auf die Gefahren bei der Verarbeitung des Phosphors und deren Verhütung aufmerksam zu machen.

Zum Schutze der Bleizucker- und Bleifarbenarbeiter der Zwickauer Fabrik haben die Unternehmer Vorschriften erlassen und Einrichtungen getroffen, die nach der Bundesratsverordnung als für erforderlich erachtet werden und eigentlich schon längst existieren müßten. Wenn das nachträglich erst geschieht, so verdienen die Unternehmer alles andre als eine öffentliche Belobigung im Jahresberichte der Gewerbeinspektoren.

In einer Anilinfabrik der Bezirkshauptmannschaft Chemnitz wurden auf Grund der Ministerialverordnung vom 10. Oktober 1911 folgende Anordnungen getroffen:

1. Der Nitrierraum und der Raum für Anilinfabrikation sind alljährlich mit einem Kalkanstrich zu versehen.
2. Der Fußboden dieser Räume ist täglich zu reinigen.
3. Den Arbeitern des Nitro- und Amidobetriebs sind für die Arbeit Hemden, Arbeitsanzüge und Kopfbedeckungen in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen. Diese sind mindestens wöchentlich auf Kosten des Unternehmers zu waschen und instand zu setzen.

4. Die Badeeinrichtung ist zu verbessern.
 5. Die ärztliche Untersuchung der Nitro- und Amidobarbeiter ist allmonatlich vorzunehmen.
- Hier liegt es hauptsächlich an den Arbeitern, durch eigne Kontrolle dafür zu sorgen, daß die Vorschriften auch eingehalten werden.

Arbeitszeit.

Die Beseitigung der mörderischen Wechselsschicht von 24 Stunden macht weitere Fortschritte. Die 18stündigen Schichten sind, wie der Dresdner Beamte berichtet, nicht beliebt, weil sie keinem der Beteiligten eine ausreichende Sonntagsruhe bringen. Eine chemische Fabrik dieses Bezirkes, in der in jeder Schicht 60 Personen an durchgehender Arbeit beschäftigt werden, hat durch Anlernung von Hilfskräften erreicht, daß nur noch 11 Arbeiter jeder Schicht 24 Stunden Wechselsschicht machen müssen. Auch für diese 11 Mann sollen in nächster Zeit die 24-Stunden-Schichten weggelassen. Die Arbeiter seien hingegen, so heißt es, mit dieser Neuregelung wegen des entstandenen Lohnausfalles nicht einverstanden gewesen. Das ist verständlich, aber nicht klug von den Arbeitern. Sie müssen eben versuchen, ihren Lohn entsprechend zu steigern. Allerdings sind sie dazu nur mit Hilfe einer starken Organisation in der Lage. Hoffentlich sehen sie das ein und richten sich danach.

Urlaub.

Neben den hier und da infolge unserer Organisationsarbeit eintretenden Verbesserungen bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit, macht sich auch der Fortschritt der Urlaubsgewährung bemerkbar. So hat eine chemische Fabrik des Zwickauer Bezirkes im Laufe des Berichtsjahres für alle über ein Jahr beschäftigten Arbeiter einen Erholungsurlaub von 8 Tagen eingeführt. Das ist erfreulich. Hoffentlich bekommt der Betrieb bald Nachfolge. Wir sind unbedeutend genug, einen Teil dieser Verbesserungen auf unser Konto zu nehmen. Mit dem Wachsen unserer Organisation wächst ihr direkter und indirekter Einfluß auf den Arbeitsvertrag, und damit wächst auch das „freiwillige“ Entgegenkommen der Unternehmer. Solange die Arbeiter sich nicht rühren, bleiben sie unbeachtet. Wir freuen uns, daß das jetzt anders wird, und wir werden alles tun, um diese Entwicklung im Gange zu erhalten.

Zur Lage der Zündholzindustrie.

Die Hoffnungen der Zündholzfabrikanten auf besseren Geschäftsgang infolge der Konkurrenz der Taschenfeuerzeuge immer mehr. Die Wäter der Zündwarensteuer hatten jedenfalls zur Zeit der Geburt des Zündwarensteuergesetzes keine Ahnung davon, daß es der Zündholzindustrie so grauam an den Kragen gehen würde. Tragen sie sich doch mit den leider verkehrten Hoffnungen, daß der Zündholzkonsum nach Verbrauch der aufgelisteten unverschuldeten Vorräte sich bald wieder heben würde. Weit gefehlt. Die Vorräte der Konsumenten sind längst aufgebraucht, aber an die Stelle des Zündholzes trat vielfach das Taschenfeuerzeug und ähnliche Zündmittel. Um Ueberproduktion, Preisstabilität und damit den Ruin der Zündholzindustrie zu verhüten, setzte der Bundesrat die zu produzierende Menge des Kontingents auf 45 Prozent fest, so daß die Fabrikanten ihre Maschinen und sonstigen Anlagen nur zur knappen Hälfte ausnutzen konnten. Nur durch Zulauf von Kontingenten anderer Betriebe waren die größten Betriebe in der Lage, ihre Anlagen besser ausnutzen zu können. Im Sommer vorigen Jahres hatte sich die Mehrheit der deutschen Zündholzfabrikanten auf bestimmte Verkaufspreise geeinigt, die auch im großen und ganzen infolge der damals mit dem Verbrauch im Einklang stehenden Herstellung eingehalten wurden. Diese Preise erlitten im Januar dieses Jahres durch die erhebliche Verteuerung einiger hauptsächlich Rohmaterialien eine mäßige Erhöhung. Da nun aber inzwischen durch das enorme Ueberhandnehmen der Taschenfeuerzeuge der bisherige Verbrauch merklich zurückging und die Zwangskontingentsquote damit zu hoch wurde, wozu noch der mit der wärmeren Jahreszeit einsetzende naturgemäße Winderverbrauch kam, nahm ein großer Teil der Fabrikanten Veranlassung, sich nicht an die vereinbarten Verkaufspreise zu halten. Durch teilweise beträchtliche Unterbietungen wurde überall versucht, Aufträge herein zu bekommen und Abrufe auf Ware zu erhalten. Eine rückläufige Absatzbewegung setzte bereits im Monat Juni ein und verschärfte sich im Juli. Die Erträge der Zündwarensteuer, die die Abgabeverhältnisse wieder spiegeln, waren im Juni 1912 1,67 Millionen Mark, im Juni 1913 nur 1,45 Millionen Mark. Im Juli 1912 beliefen sie sich auf rund 1,8, im Juli 1913 auf 1,67 Millionen Mark. In den Monaten Oktober 1911 bis Juli 1912 wurden insgesamt 17 950 160 Mk. Steuern vereinnahmt, während die gleiche Zeit von 1912/13 nur 17 937 305 Mk., also rund 13 000 Mk. weniger eingenommen wurden. Die auf die Herbstmonate gesetzten Erwartungen auf eine Zunahme des Verbrauchs haben sich nicht erfüllt. Um nun weiteren Preisrückgängen einen Riegel vorzusetzen, haben die deutschen Zündholzfabrikanten am 24. September in Berlin beschloffen, beim Reichsfinanzamt die Herabsetzung des Zwangskontingents von 45 Prozent auf 40 Prozent zu beantragen. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß der Rückgang im Absatz im abgelaufenen Berichtsjahre über 10 000 Kisten betragen hat. Die Verammlung erklärte, daß die Besteuerung der Erzeugnisse einen weiteren Rückgang der Zündholzindustrie aufhalten vermag. Eine Erhöhung der Preise der Zündhölzer, die von einigen Seiten mit Rücksicht auf die erhebliche Steigerung der Preise der Rohmaterialien und der Erhöhung der Selbstkostenpreise durch Verminderung der Produktion angeregt wurde, ist abgelehnt worden. Die Folge der Beschlüsse ist, daß sich die Arbeitslosigkeit für die in der Zündholzindustrie beschäftigten Personen noch unangenehmer gestalten wird. Bisher hat die Regierung dem Ruf der Zündholzfabrikanten nach einer Steuer auf Zündholzerzeugnisse noch kein Gehör geschenkt. Nachdem aber inzwischen in Frankreich die Besteuerung der Erzeugnisse eingeführt ist, wird den Wünschen der „notleidenden Zündholzfabrikanten“ bald Rechnung getragen werden. Es verlaute nämlich, daß eine solche Vorlage schon in Vorbereitung ist. Die Vertreter der Arbeiter werden sich selbstverständlich dem Versuch widersetzen, einen Teufel mit Beelzebub zu vertreiben. Sie werden nicht Besteuerung der Erzeugnisse, sondern Beseitigung der Zündholzsteuer fordern. Nur dadurch kann der Industrie und der Arbeiterschaft wirksam geholfen werden.

Verbreiten und Betriebsleitung der „Elektron“, Griesheim, Arn im Arn.

In Nr. 36 des „Proletariats“ berichteten wir über eine Lohnbewegung der gelben Maurer in der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron. Die kurze Notiz hat die gelben Herren in Bewegung gebracht, zeigt sie doch an einem Schulbeispiel, wie die Unternehmer mit der gelben Schwärze umspringen. Der „Bund“, das Organ der gelben Richtung, hat sich sofort von der Firma eine „Nichtigstellung“ bejagt und der Vorstand des gelben Vereines der Elektron hat uns und einigen Tageszeitungen, die die Notiz übernommen hatten, eine Berichtigung geschickt. Das Interessante bei der Sache ist nun, daß die Nichtigstellung, die der „Bund“ von der Firma erhalten hat, fast völlig übereinstimmt mit der, die uns der Vorstand des Vereines schickte. Nur einige Worte, die sich aus der Stellung der Absender zur Sache ergeben, sind geändert. Damit ist wieder einmal festgestellt, daß die Geschäfts des Vereines von der Firma erledigt werden, daß die „Berichtigung“ des Vereinesvorstandes auf den Hint von „oben“ und unter geistiger Hilfe der Betriebsleitung erfolgt ist. Diese Tatsache wird natürlich die Einseitigkeit

der sogenannten Vertikation erleichtern. In der Zuschrift des Verbands...

1. daß den gelb organisierten Maurern gesagt werden sei, sie dürften keine Lohnforderungen stellen: 2. daß die Satzungen des gelben Werkvereins die Stellung von Lohnforderungen verbieten; 3. daß sich die Mitglieder des gelben Werkvereins verpflichtet hätten, Lohnforderungen überhaupt nicht zu stellen.

Aus dem letzten. In nachfolgenden Zeilen wird die Geschichte der Wiesdorfer Kolonien der Oberleiter Farbwerte...

Die Deutschen Solbrenwerke in Fernburg errichteten ausläßlich des 50jährigen Jubiläums der Gesellschaft Solbay u. Sa. in Fernburg...

Die Ostpreussische Holzindustrie wird ebenfalls durch die Fortschritt des Holzgeschäftes...

Die Metallindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Textilindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Maschinenindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Chemische Industrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Bergbauindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Zuckerindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Getreideindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Leinwandindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Seidenindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Baumwollindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Wolleindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

Die Häuteindustrie zeigt ebenfalls eine Steigerung des Gewinns...

abgerissen. Die fürchterliche Gewalt der Explosion wird noch weiter... Die Hölle der Explosion...

Am 18. September herumglückten zwei Kesselschmiede und ein Hilfsarbeiter in der Chemischen Fabrik Wohlgelegen in Heilbronn...

Keramische Industrie

Um verdienten Arbeitslohn.

Der Ziegelarbeiter Sidmantel in Chemnitz gehört auch in diesem Jahre wieder zu den Ziegelarbeitern...

Dann wollten die weniger organisierten Ziegler die Sache durch die Organisation erledigen...

Einen weiteren Fall haben wir in der Ziegerei Lichtenstein (Kreis Rügen) zu verzeichnen. Es ist dies hier auch gar nicht verwunderlich...

Ein weiteres Beispiel haben wir in der Ziegerei Lichtenstein (Kreis Rügen) zu verzeichnen. Es ist dies hier auch gar nicht verwunderlich...

In den genannten drei Ziegereien sind über 50 Ziegler zum Teil um den verdienten Lohn gekommen...

Eine Firma, die in der Dividende verliert!

Die Porzellanfabrik Kahlia zeigt wieder einmal sehr. Das bedeuert für andere Unternehmen, daß sie in Zahlungsschwierigkeiten sind...

Jährer zahlte Kahl: wiederholt 35 Prozent, aber damals hatte das nichts zu sagen...

Jeder Aktionär, der sich eine 100-Mark-Aktie für 2500 Mark neu erwirbt...

Jeder Aktionär, der sich eine 100-Mark-Aktie für 2500 Mark neu erwirbt...

Jeder Aktionär, der sich eine 100-Mark-Aktie für 2500 Mark neu erwirbt...

Jeder Aktionär, der sich eine 100-Mark-Aktie für 2500 Mark neu erwirbt...

Jeder Aktionär, der sich eine 100-Mark-Aktie für 2500 Mark neu erwirbt...

Aus der Schwemmerstein-Industrie.

Das Rheinische Schwemmersteinsyndikat hatte vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, sich aufzulösen...

So haben die Unternehmer der Schwemmersteinindustrie geglaubt, daß die Preiskämpfe...

Lohnabhänge.

Früher als in den Vorjahren fingen in den Sieberten Sturwen Ziegelwerken zu Heilbronn...

Gerade das Gegenstück von Herrn Siebert Sturm ist sein Bruder, der Herr Kommerzienrat und Fabrikdirektor Reinhold Sturm...

Leider ist die Saumseligkeit der Arbeiter noch sehr groß, und der größte Teil denkt eher an alles andre...

Ein christlicher Reifall.

Die christliche „Keram- und Steinarbeiter-Zeitung“, die in Köln herausgegeben wird...

Die Argumentation des christlichen Blattes, daß im Steinbeiterverband Doppeltzungigkeit...

Ufferverboda.

In der Steingutfabrik Diehl-Ufferverboda hat seit einiger Zeit ein Meister...

Die Ufferverboda hat seit einiger Zeit ein Meister...

Zieglerarbeitersfrei in Italien.

Der Streik der Zieglerarbeiter in Bologna, an dem zirka 200 Zieglerarbeiter beteiligt waren...

Die Unternehmer forderten die Abschaffung des Arbeitsnachteiles und die Annahme eines beratend verschlechterten Regulativs...